

ESV



Fachberater-Handbücher

Herausgegeben vom
Deutschen Steuerberaterinstitut e.V. (DStI)

Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)

Herausgegeben von

Prof. Rolf Rattunde

Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Fachanwalt für Insolvenz- und Steuerrecht, Insolvenzverwalter, Honorarprofessor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

bearbeitet von

Katrin Amberger, Stephanie Bschorr, Marc Fritze,
Dr. Peter Gramsch, Alexandra Hermanns, Jan Kallies,
Martin Lambrecht, Torsten Martini,
Prof. Dr. Frank Reinhardt, Valentin Schmid,
Prof. Dr. Stefan Smid, Jesko Stark, Dirk Streuber,
Dr. Silke Wehdeking, Thomas Witt

mit Beiträgen von

Prof. Dr. Axel Pestke

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht,
Hauptgeschäftsführer des Deutschen Steuerberaterverbandes e. V., Berlin

2., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.d-nb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 14101 2](http://ESV.info/978_3_503_14101_2)

1. Auflage 2011
2. Auflage 2012

ISBN 978 3 503 14101 2
ISSN 1868-4041

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2012
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706.

Gesetzt aus der Candida 9/11.

Satz: multitext, Berlin
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort

Das Berufsbild des Steuerberaters ist in den vergangenen Jahren zunehmend vielschichtiger und komplexer geworden. Die Mandanten fragen heute weit mehr als die klassische Beratung in steuerlichen Angelegenheiten nach. Dabei treten Steuerberater auch in den Wettbewerb mit anderen Berufsgruppen. Die Spezialisierung als Fachberater ist hier eine intelligente Strategie, um sich mit klarem Profil am Markt zu positionieren.

Die berufsständischen Organisationen Bundessteuerberaterkammer (BStBK) und Deutscher Steuerberaterverband e.V. (DStV) haben deshalb Konzepte entwickelt, die es Kollegen erleichtern, zu einer ausgewiesenen Spezialisierung zu gelangen. Dabei sind Kammer und Verband arbeitsteilig vorgegangen: Die BStBK hat sich des Bereichs der Vorbehaltsaufgaben und der DStV des Bereichs der so genannten vereinbaren Leistungen angenommen. Maßstab und Orientierung für die Fachberaterkonzepte waren und sind die bewährten Fachanwaltschaften der Rechtsanwälte.

Zu den am stärksten nachgefragten Spezialisierungen aus dem Bereich der vereinbaren Leistungen gehört der „Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.)“. Der DStV verfolgt mit dieser Spezialisierung sehr erfolgreich das Ziel, insbesondere die betriebswirtschaftliche Kompetenz des Steuerberaters stärker in den Dienst insolvenzgefährdeter Unternehmen zu stellen. Ein wesentlicher Bestandteil der Beratung ist dabei vor allem der Bereich der Sanierungsberatung. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, sehen die Fachberaterrichtlinien des Verbandes zu dieser Spezialisierung auch profunde juristische Kenntnisse, insbesondere im Bereich des materiellen Insolvenzrechts und des Insolvenzverfahrensrechts, vor.

Die Ergebnisse einer DStV-Umfrage unter den bislang anerkannten Fachberatern (DStV e.V.) ergaben für das Fachberaterkonzept des DStV erfreulicherweise hervorragende Noten. Für mehr als die Hälfte der Befragten haben sich die Erwartungen an den Fachberater (DStV e.V.), u. a. hinsichtlich der Mandantenzahlen und Kanzleiumsätze, bereits heute erfüllt. Im Oktober 2011 konnte der DStV auf dem 34. Deutschen Steuerberatertag in Düsseldorf schließlich die 1.000. Fachberater-Urkunde überreichen!

Der Verband sieht sich damit in seiner bisherigen Arbeit bestätigt und wird auch weiter das Fachberaterkonzept weiterentwickeln und an die Bedürfnisse und Erwartungen der Berufsangehörigen anpassen.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die vom Fachinstitut des DStV, dem Deutschen Steuerberaterinstitut e.V. (DStI), herausgegebene Schriftenreihe „Fachberater-Handbücher“. Die von renommierten Autoren verfassten Bände dieser Schriftenreihe bieten dem Fachberater maßgeschneiderte Unterstützung in allen Praxisfragen im Rahmen seiner jeweiligen Spezialisierung. Fachberater können damit auf adäquate Literatur – speziell für ihre Belange – zugreifen und eine bestehende Lücke in der Fachliteratur wurde geschlossen. Ich bin überzeugt, diese Schriftenreihe wird auch künftig einen wichtigen Beitrag für die erfolgreiche Tätigkeit als Fachberater und somit für die Entwicklung der Fachberaterkonzepte insgesamt leisten.

Berlin, im April 2012

StB/WP Dipl.-Kfm. Hans-Christoph Seewald
Präsident des Deutschen Steuerberaterverbandes

Vorwort zur 2. Auflage

Nach zahlreichen spektakulären Großinsolvenzen der letzten Jahre (Arcandor, Märklin, Schiesser) oder Beinahe-Zusammenbrüchen (Merckle, Schaeffler, Opel) begann Anfang des Jahres 2010 in der Fachöffentlichkeit eine Diskussion darüber, inwieweit das geltende deutsche Insolvenzrecht, gleichwohl erst seit rund einer Dekade in Kraft, die in es gesetzte Hoffnung, Unternehmenssanierungen gegenüber der Rechtslage nach Konkursordnung wesentlich zu erleichtern, erreicht hat oder ob es einem Reorganisationsverfahren weichen, zumindest aber in wesentlichen Punkten geändert werden sollte. Die bisherigen Erfahrungen mit der Insolvenzordnung haben gezeigt, dass das geltende Recht der frühzeitigen Sanierung insolvenzbedrohter Unternehmen zahlreiche Hindernisse in den Weg legt. Dies war der Grund dafür, dass in der Vergangenheit einige Unternehmen ihren Sitz nach Großbritannien verlegt haben, da sie sich von der Anwendung des dortigen Rechts Vorteile im Hinblick auf ihre Sanierung versprochen. Gleichwohl diese Entwicklung dem deutschen Insolvenzrecht nicht, wie zunächst befürchtet, den Todesstoß versetzte, hat der Ende Juni 2010 vorgelegte Diskussionsentwurf des Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) diese Diskussion aufgegriffen. Das Gesetz wurde am 13.12.2011 im Bundesgesetzblatt verkündet. Seine wesentlichen Regelungen sind am 01.03.2012 in Kraft getreten. Einzelne Teile, die Gerichtsorganisation und das Statistikgesetz betreffend, treten wegen der notwendigen Organisationsmaßnahmen der öffentlichen Hand erst zum 01.01.2013 in Kraft. Das Gesetz bringt, ohne die InsO durch die zeitweise diskutierte Herausnahme des Rechts der Unternehmensreorganisation zum reinen Torso verkommen zu lassen, bedeutende Änderungen im Recht der Unternehmensinsolvenz. Der Paradigmenwechsel ist teilweise stärker als der zwischen Konkurs- und Insolvenzordnung: Stärkung der Gläubigerautonomie über einen erhöhten Einfluss auf die Verwalterauswahl und Einführung eines Schutzschirmverfahrens zur Förderung des Rechts der Eigenverwaltung. Das Insolvenzplanrecht wurde modifiziert: erstmalig lässt es Eingriffe in Gesellschafterrechte zu, Rechtsmittel werden eingedämmt, salvatorische und Nachzüglerklauseln in Insolvenzplänen zugelassen, Probleme des geltenden Insolvenzplanrechts behutsam angepasst. All dies waren Forderungen aus der Praxis und es ist

zu hoffen, dass der Insolvenzplan nunmehr auch zahlenmäßig aus seinem Schattendasein tritt. Die Insolvenz des eingetragenen Kaufmanns Anton Schlecker und dessen inländischer Tochtergesellschaften (insbesondere die nunmehr zum zweiten Male sich im Insolvenzverfahren befindende Tochter „Ihr Platz“) dürfte die letzte nennenswerte Insolvenz gewesen sein, auf die das neue Recht noch keine Anwendung fand.

Bereits der auch zwölf Jahre nach Inkrafttreten der Insolvenzordnung umgangssprachlich immer noch gebräuchliche Begriff des Konkurses (von lat. concursus: der Zusammenlauf, nämlich der Gläubiger zwecks Vermögensverteilung) implizierte im Rahmen der alten Rechtslage die wesentliche Bedeutung des Konkursverfahrens als Verfahren der Vermögensversilberung durch Gesamtvollstreckung in das schuldnerische Vermögen zwecks anteiliger Gläubigerbefriedigung.

Der mit Inkrafttreten der Insolvenzordnung beabsichtigte Paradigmenwechsel hin zu einem Gesamtvollstreckungsverfahren, das nicht zwangsläufig zur volkswirtschaftlich schädlichen Zerschlagung des Unternehmens führt, sondern als gleichwertige Alternative die anteilige Gläubigerbefriedigung auch aus künftigen Erlösen des Unternehmens und damit den Unternehmenserhalt zulässt, findet bereits im Begriff der Insolvenz (von lat. insolvens, nicht einlösend, nämlich den Schuldschein) Ausdruck. Die wirtschaftliche Situation des Schuldners wird beim Namen genannt ohne vorzugeben, dass diese zwangsläufig durch eine Vernichtung seiner Unternehmung gelöst werden muss.

Wenn damit aber gleichzeitig feststeht, dass das notleidende Unternehmen als solches mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht zwangsläufig aufhören muss zu existieren, so eröffnet dies dem Steuerberater neben der laufenden steuerlichen Beratung des wirtschaftlich „gesunden“ Mandanten ein weiteres Geschäftsfeld: die Begleitung der Restrukturierung seines Mandanten im Insolvenzverfahren, eine vereinbare Tätigkeit im Sinne des § 57 Abs. 3 StBerG. Gerechtfertigt werden kann er dieser Aufgabe nur, wenn er über ein profundes Wissen im Insolvenzrecht verfügt. Er gerät ansonsten gegenüber dem gerichtlich bestellten Insolvenzverwalter notwendigerweise ins Hintertreffen und unter Umständen gleichwegs in die Haftungsfalle. Der Steuerberater taucht nunmehr auch erstmalig namentlich im Gesetz auf, nämlich im Zusammenhang mit dem neu eingeführten sog. Schutzschirmverfahren, § 270b InsO.

Die Fachberaterichtlinien des Deutschen Steuerberaterverbandes sehen für den Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.) besondere theoretische Kenntnisse im Bereich des materiellen Insolvenzrechts, des Insolvenzverfahrensrechts und der betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Sanierungs- und Insolvenzverwaltungstätigkeit vor.

Der Bereich des materiellen Rechts umfasst z.B. die Insolvenzgründe, die Wirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens, Stellung und Aufgabe des (vorläufigen) Insolvenzverwalters und Fragen der Aus- und Absonderung sowie die Aufrechnung im Insolvenzverfahren.

Das Insolvenzverfahrensrecht umfasst Fragen des Insolvenzeröffnungsverfahrens, des eröffneten Insolvenzverfahrens, die Besonderheiten der Planin-

solvenz und schließlich die Besonderheiten des Verbraucherinsolvenzverfahrens und der Sonderinsolvenzen, z.B. über den Nachlass.

Zu den betriebswirtschaftlichen Grundlagen gehören Voraussetzungen und Wirkungen der Unternehmenserschlagung, der übertragenden Sanierung und schließlich – als Königsdisziplin – der Unternehmensreorganisation durch Insolvenzplan.

Beherrscht der Steuerberater all dies, befähigt ihn dies darüber hinaus nicht nur zu einer qualifizierten Beratung seines Mandanten in der Unternehmenskrise mit dem Ziel der Insolvenzvermeidung. Er erfüllt damit auch die fachlichen Anforderungen, die der Gesetzgeber der Insolvenzordnung in § 56 Abs. 1 InsO an die Person des Insolvenzverwalters stellt, das dritte mögliche Betätigungsfeld des Steuerberaters in der Unternehmenskrise.

Das aus mehr als 15 Fachleuten bestehende Autorenteam, unter ihnen Insolvenzverwalter, Hochschulprofessoren, Fachanwälte für Insolvenz- und Steuerrecht, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Dipl.-Kaufleute und Dipl.-Volkswirte behandelt in diesem Werk aber nicht nur den Pflichtinhalt nach den Richtlinien des Deutschen Steuerberaterverbandes, sondern stellt auch die Bezüge zu anderen Rechtsgebieten her, die üblicherweise in Insolvenzen eine Rolle spielen. Dies sind namentlich das Arbeits- und Sozialrecht, das Gesellschaftsrecht und das Insolvenzstrafrecht.

Die Autoren der Teilbereiche sind jeweils ausgewiesene Experten des durch sie verantworteten Bereichs. Insgesamt soll das Werk einen umfassenden Überblick über alle Teilaspekte des Insolvenzrechts bieten und die Einarbeitung in die Materie durch Beispiele und Übersichten erleichtern. Rechtsprechung und Literatur sind bis einschließlich Februar 2012 berücksichtigt.

Mein Dank gilt meinen Mitarbeiterinnen Nadine Dymke, Ariane Huwe (LL.M.), Silvia Giese (LL.B.) und Bedia Bulut für die Durchsicht der Manuskripte und meinem Sozios und Mitautor Torsten Martini, der die Gesamtverantwortung trug und den „Brückenkopf“ zum Verlag bildete. Besonderer Dank gebührt dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Steuerberaterverbandes e.V., Herrn Prof. Dr. Pestke, der für das Kapitel über die berufs- und haftungsrechtlichen Besonderheiten verantwortlich zeichnet.

Last but not least danke ich dem Erich Schmidt Verlag und hier insbesondere der Verlagsleiterin Steuern, Frau Dr. Claudia Teuchert-Pankatz. Ohne ihren fortwährenden Einsatz, ihre Unterstützung und ihre Geduld mit dem Herausgeber und den Autoren wäre auch das Erscheinen der vorliegenden zweiten Auflage unmöglich gewesen.

Berlin, im Februar 2012

Rolf Rattunde

Inhaltsübersicht

Geleitwort	V
Vorwort zur 2. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der Autoren	LVII
Abkürzungsverzeichnis	LIX
Abbildungsverzeichnis	LXIX

Einleitung

Das Fachberaterkonzept des DStV

(Pestke)

1

Teil 1

Unternehmenskrise

und außergerichtliche Sanierung

9

Kapitel 1 Unternehmenskrise <i>(Reinhardt)</i>	11
Kapitel 2 Krisenbewältigung <i>(Lambrecht)</i>	51
Kapitel 3 Ansatzpunkte betriebswirtschaftlicher Sanierung <i>(Lambrecht)</i>	84
Kapitel 4 Das Sanierungskonzept nach IDW S 6 <i>(Reinhardt/Lambrecht)</i>	126

Teil 2

Materielles Insolvenzrecht

137

Kapitel 1 Insolvenzgründe <i>(Schmid)</i>	139
Kapitel 2 Das Amt des vorläufigen Insolvenzverwalters <i>(Hermanns)</i>	192
Kapitel 3 Das Amt des Insolvenzverwalters <i>(Streuber)</i>	208
Kapitel 4 Sicherung und Verwaltung der Masse <i>(Streuber)</i>	263
Kapitel 5 Aussonderung <i>(Smid/Gramsch)</i>	295
Kapitel 6 Absonderung <i>(Smid/Gramsch)</i>	309
Kapitel 7 Aufrechnung <i>(Smid/Gramsch)</i>	339
Kapitel 8 Abwicklung von Vertragsverhältnissen <i>(Smid/Gramsch)</i> ..	348
Kapitel 9 Verwertung und Verteilung der Masse <i>(Smid)</i>	387

XI

Kapitel 10 Insolvenzgläubiger (<i>Streuber</i>)	397
Kapitel 11 Insolvenzanfechtung (<i>Smid/Gramsch</i>)	435
Teil 3	
Insolvenzverfahrensrecht	
Kapitel 1 Insolvenzeröffnungsverfahren (<i>Martini</i>)	513
Kapitel 2 Regelinsolvenzverfahren (<i>Martini</i>)	533
Kapitel 3 Die übertragende Sanierung (<i>Lambrecht</i>)	570
Kapitel 4 Insolvenzplanverfahren (<i>Fritze</i>)	587
Kapitel 5 Vereinfachtes Insolvenzverfahren (<i>Martini</i>)	623
Kapitel 6 Restschuldbefreiung der natürlichen Person (<i>Martini</i>)	648
Kapitel 7 Eigenverwaltung (<i>Wehdeking</i>)	656
Kapitel 8 Sonderinsolvenzen (<i>Hermanns</i>)	702
Teil 4	
Rechnungslegung in der Insolvenz	
Kapitel 1 Interne Rechnungslegung (<i>Amberger</i>)	719
Kapitel 2 Externe Rechnungslegung in der Insolvenz (<i>Schmid</i>)	727
Teil 5	
Steuern in Sanierung und Insolvenz	
Kapitel 1 Verfahrensfragen (<i>Bschorr</i>)	761
Kapitel 2 Umsatzsteuer (<i>Bschorr</i>)	809
Kapitel 3 Ertragsteuern (<i>Schmid</i>)	841
Teil 6	
Gesetzesübergreifende Bezüge	
Kapitel 1 Arbeits- und Sozialrecht (<i>Witt</i>)	953
Kapitel 2 Gesellschaftsrecht (<i>Amberger</i>)	1041
Kapitel 3 Strafrecht und Strafverfahrensrecht (<i>Martini</i>)	1126
Teil 7	
Die Rolle des Steuerberaters in der Krise des Mandanten	
(<i>Schmid</i>)	
	1167
Teil 8	
Sonderaspekte	
Kapitel 1 Die Verwertung von Immobilien im Insolvenzverfahren (<i>Kallies</i>)	1191
Kapitel 2 Die internationale Zuständigkeit (<i>Stark</i>)	1219
Teil 9	
Der Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DSfV e.V.)	
– berufs-, haftungs- und versicherungsrechtliche Aspekte	
(<i>Pestke</i>)	
	1243
Anhang: Fachberaterrichtlinien mit Anlage 2	1277
Literaturverzeichnis	1287
Stichwortverzeichnis	1301

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort zur 2. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	XI
Verzeichnis der Autoren	LVII
Abkürzungsverzeichnis	LIX
Abbildungsverzeichnis	LXIX

Einleitung

Das Fachberaterkonzept des DStV

(Pestke)

1

1.	<i>Motive und Hintergrund</i>	1
2.	<i>Anforderungen an die DStV-Fachberater (allgemein)</i> ...	3
2.1	Theoretische Kenntnisse	3
2.1.1	Lehrgang	3
2.1.2	Klausuren	3
2.2	Praktische Erfahrungen	3
2.3	Verfahren zur Verleihung von Fachberaterbezeichnungen (DStV e.V.)	4
2.3.1	Zuständigkeiten	4
2.3.2	Anträge	4
2.3.3	Durchführung von Fachgesprächen	5
2.3.4	Kontinuierliche Fortbildung und Erlöschen der Befugnis zum Führen der Bezeichnung	5
3.	<i>Anerkennung der DStV-Fachberater durch die Rechtsprechung</i>	6
4.	<i>Zahlenmäßige Entwicklung und Ausblick</i>	8

Teil 1

Unternehmenskrise und außergerichtliche Sanierung

9

Kapitel 1	Unternehmenskrise (Reinhardt)	11
1.	<i>Der Steuerberater als Berater in der Unternehmenskrise</i>	11

XIII

1.1	Krisenberatung als Teil der betriebswirtschaftlichen Beratung	11
1.2	Anforderungen an Steuerberater in der Krisenberatung	12
2.	<i>Der Krisenbegriff</i>	13
2.1	Der Krisenbegriff aus betriebswirtschaftlicher Sicht	13
2.2	Der Krisenbegriff aus rechtlicher Sicht	14
3.	<i>Bedeutung der Krisenberatung für die Steuerberatungspraxis</i>	15
3.1	Bedeutung vor dem Hintergrund der Insolvenzstatistik .	15
3.2	„Normalität“ krisenhafter Entwicklungen in Unternehmen	18
3.3	Hinweis- und Aufklärungspflichten in der Unternehmenskrise	20
4.	<i>Typologie der Unternehmenskrise</i>	25
4.1	Verlauf und Wahrnehmung einer Unternehmenskrise . .	25
4.2	Ursachen einer Unternehmenskrise	32
5.	<i>Krisenfrüherkennung im Umfeld der Steuerberatung</i> . . .	35
5.1	Generelle Bedeutung der Krisenfrüherkennung	35
5.2	Möglichkeiten zur Krisenfrüherkennung durch Steuerberater	41
5.3	Krisenfrüherkennung durch Kredit- und Finanzierungs-institute	48
Kapitel 2	Krisenbewältigung (Lambrecht)	51
1.	<i>Außergerichtliche Sanierung</i>	51
1.1	Sanierungsfähigkeit	52
1.2	Vor- und Nachteile einer außergerichtlichen Sanierung	53
1.3	Ablauf der Sanierung	58
1.3.1	Lagefeststellung und Lagebeurteilung	58
1.3.1.1	Schaffung einer Datenbasis und Plausibilisierung der Zahlen	59
1.3.1.2	Finanzwirtschaftliche Analyse	60
1.3.1.3	Erfolgswirtschaftliche Analyse	63
1.3.1.4	Branchenvergleich	64
1.3.1.5	Mitarbeiterbefragungen	64
1.3.1.6	SWOT-Analyse	65
1.3.1.7	Portfolio-Analyse	66
1.3.1.8	Szenariotechnik	68
1.3.1.9	Zero-Base-Budgeting	69
1.3.1.10	Analyse des Unternehmensumfeldes	70
1.3.2	Planung und Entschluss	70
1.3.2.1	Sicherung der Liquidität	71
1.3.2.2	Stabilisierung und Verbesserung der Ergebnissituation .	77
1.3.2.3	Beseitigung der Produkt- und Absatzkrise, zukünftige Wettbewerbsfähigkeit	78
1.3.3	Handlungsanweisungen	79
1.3.4	Kontrolle	79

1.4	Kommunikation in der Krise	79
2.	<i>Gerichtliche Sanierung</i>	80
Kapitel 3	Ansatzpunkte betriebswirtschaftlicher Sanierung	
	<i>(Lambrecht)</i>	84
1.	<i>Vorbemerkung</i>	84
2.	<i>Leistungswirtschaftliche Maßnahmen</i>	85
2.1	Management	86
2.1.1	Personelle Veränderungen im Management	87
2.1.2	Strukturelle und operative Veränderungen im Management	88
2.1.3	Neue Organisationsstruktur des Unternehmens	88
2.2	Kosten	89
2.2.1	Einkauf, Materialwirtschaft	89
2.2.1.1	Einkaufspreis	90
2.2.1.2	Auswahl des richtigen Lieferanten	90
2.2.1.3	Normierung der Produkte	91
2.2.1.4	Just-in-Time/Verringerung der Lagerbestände	91
2.2.2	Prozesse	92
2.2.2.1	Prozessorganisation	92
2.2.2.2	Zeitmanagement	93
2.2.2.3	„Lean Management“	94
2.2.3	Qualitätskosten	95
2.2.4	Vertrieb	95
2.2.5	Outsourcing	96
2.2.6	Ergänzende Ausführungen zum Problem der Fixkosten	98
2.3	Arbeitnehmer	99
2.3.1	Personalstruktur	100
2.3.2	Effizienzsteigerung beim Personal	100
2.3.3	Personalabbau	101
2.3.4	Kosten des Personalabbaus	103
2.4	Produkt	104
2.4.1	Image als Mehrwert	104
2.4.2	Produktstückkosten	105
2.4.3	Deckungsbeitragsrechnung	106
2.5	Kunden	108
2.6	Umsatz	109
2.6.1	Sortimentsausweitung	109
2.6.2	Preiserhöhung oder Preissenkung?	109
3.	<i>Finanzwirtschaftliche Maßnahmen</i>	110
3.1	Analyse der Finanzsituation	110
3.2	Sanierungsbeiträge einzelner Beteiligter	112
3.2.1	Anteilseigner	112
3.2.2	Banken	113
3.2.3	Lieferanten	114
3.2.4	Finanzverwaltung	116
3.2.5	Kunden	116

3.3	Finanzierung in der Krise	117
3.3.1	Eigenkapital	117
3.3.1.1	Kapitalherabsetzung	117
3.3.1.2	Kapitalerhöhung	118
3.3.1.3	Debt-Equity-Swap	119
3.3.2	Mezzanine-Kapital	120
3.3.3	Fremdkapital	121
3.3.3.1	Neufinanzierung	121
3.3.3.2	Besicherung von Krediten	122
3.3.4	Liquidation von Vermögenswerten	122
4.	<i>Strategische Maßnahmen</i>	124
5.	<i>Übertragung auf eine Auffanggesellschaft</i>	124
Kapitel 4	Das Sanierungskonzept nach IDW S 6 <i>(Reinhardt/Lambrecht)</i>	126
1.	<i>Rechtliche Anforderungen an Sanierungskonzepte</i>	126
2.	<i>Inhalt</i>	128
3.	<i>Auswirkungen auf die Praxis</i>	132
4.	<i>Kritik</i>	133
5.	<i>Zukunft des IDW S 6 – Überarbeitung bzw. Neufassung</i>	135
Teil 2		
	Materielles Insolvenzrecht	137
Kapitel 1	Insolvenzgründe (Schmid)	139
1.	<i>Einführung</i>	139
2.	<i>Zahlungsunfähigkeit</i>	140
2.1	Gesetzliche Definition	140
2.2	Zahlungseinstellung als widerlegbare Vermutung für Zahlungsunfähigkeit	141
2.3	Einzelne Merkmale der Zahlungsunfähigkeit	143
2.3.1	Dauer der Zahlungsunfähigkeit – Abgrenzung zur Zahlungsstockung	143
2.3.2	Größe der relevanten Liquiditätslücke	144
2.4	Konkrete Prüfung der Zahlungsunfähigkeit	147
2.4.1	Ermittlung durch Liquiditätsbilanz und Liquiditätsplan	148
2.4.2	Aufstellung der Liquiditätsbilanz	148
2.4.2.1	Zu berücksichtigende liquide Mittel	149
2.4.2.2	In der Liquiditätsbilanz zu berücksichtigende Zahlungsverpflichtungen	150
2.4.2.3	Verbundene Unternehmen und Cashpooling	153
2.4.2.3.1	Beherrschte und beherrschende Unternehmen	153
2.4.2.3.2	Cashpooling	154
2.4.2.4	Ableitung des Finanzplanes	154
2.4.3	Nachweis der Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungs- prozess	155

3.	<i>Überschuldung</i>	157
3.1	Übersicht	157
3.2	Historie	158
3.3	Von der Unterbilanz zur insolvenzrechtlichen Über- schuldung	159
3.3.1	Unterbilanz	159
3.3.2	(Handels-)bilanzielle Überschuldung	160
3.3.3	Rechnerische Überschuldung	161
3.3.4	Rechtliche Überschuldung	161
3.4	Methoden zur Feststellung einer rechtlichen Über- schuldung	161
3.4.1	Die Zeit vom 17.10.2008 bis 31.12.2013	161
3.4.2	Funktionsweise der modifizierten oder „neuen zweistufigen“ Methode	162
3.4.3	„Alternativer“ zweistufiger Überschuldungsbegriff	163
3.4.4	Erstellung der Fortführungsprognose	164
3.4.5	Geschäftsleiterpflichten im Rahmen der Überschul- dungsprüfung	167
3.4.6	Ansatz und Bewertung in der Überschuldungsbilanz ..	168
3.4.6.1	Allgemeine Bewertungsgrundsätze	168
3.4.6.2	Ansatz und Bewertung von Aktivposten im Überschuldungsstatus	170
3.4.6.3	Ansatz und Bewertung von Passivposten in der Überschuldungsbilanz	179
3.4.7	Stichtag und Gliederung	187
4.	<i>Drohende Zahlungsunfähigkeit</i>	188
4.1	Übersicht	188
4.2	Zielsetzung	188
4.3	Feststellung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	189
4.3.1	Prognosezeitraum	189
4.3.2	Wahrscheinlichkeitsmaßstab	190
4.3.3	Einzubeziehende Zahlungsverpflichtungen	190
4.4	Abgrenzung zur Überschuldung	191
Kapitel 2	Das Amt des vorläufigen Insolvenzverwalters	
	<i>(Hermanns)</i>	192
1.	<i>Allgemeines</i>	192
1.1	Normzweck	193
1.2	Bestellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	193
1.3	Bestellung eines vorläufigen Gläubigerausschusses	195
1.4	Aufsicht durch das Insolvenzgericht	197
1.5	Zwangsbefugnisse	197
1.6	Beendigung der vorläufigen Verwaltung	199
1.7	Haftung	200
1.8	Vergütung	201
1.9	Rechnungslegung	201
1.10	Steuerrechtliche Pflichten	202

2.	<i>Der vorläufige Verwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis</i>	202
2.1	Allgemeines	202
2.2	Zustimmungsvorbehalt	203
2.3	Begründung von Masseverbindlichkeiten	204
2.4	Bestimmung der Rechte und Pflichten im Einzelfall	204
3.	<i>Der vorläufige Verwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis</i>	204
3.1	Allgemeines	204
3.2	Betriebsfortführung	206
Kapitel 3	Das Amt des Insolvenzverwalters (Streuber)	208
1.	<i>Amt und Beruf</i>	208
1.1	Amt	208
1.2	Beruf	211
2.	<i>Voraussetzungen des Amtes</i>	218
3.	<i>Auswahlentscheidung des Insolvenzgerichts</i>	223
4.	<i>Wahl eines anderen Insolvenzverwalters durch die erste Gläubigerversammlung</i>	230
5.	<i>Aufgaben und Pflichten</i>	233
5.1	Katalog typischer Aufgaben	233
5.2	Massesicherung	235
5.3	Widerruf von Lastschriften	236
5.4	Erfüllung der Aufzeichnungs- und Buchführungs- pflichten	241
5.5	Beachtung öffentlich-rechtlicher Pflichten	242
6.	<i>Sonderverwalter</i>	243
7.	<i>Aufsicht über den Insolvenzverwalter</i>	245
8.	<i>Entlassung des Insolvenzverwalters und Beendigung des Amtes</i>	248
9.	<i>Haftung des Insolvenzverwalters</i>	251
9.1	Haftung gegenüber den Verfahrensbeteiligten	251
9.2	Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten	252
9.3	Haftung wegen Nichterfüllung von Masseverbindlich- keiten nach § 61 InsO	257
9.4	Kausalität, Verschulden und Schaden	260
Kapitel 4	Sicherung und Verwaltung der Masse (Streuber)	263
1.	<i>Insolvenzmasse</i>	263
1.1	Ist-Masse	263
1.2	Soll-Masse	267
1.3	Neuerwerb	269
2.	<i>Sicherung der Insolvenzmasse</i>	271
2.1	Inbesitznahme	272
2.2	Zwangsmaßnahmen	276
2.3	Herausgabeverlangen gegenüber Dritten	278

2.4	Siegelung	279
3.	<i>Verwaltung der Insolvenzmasse</i>	279
3.1	Verwahrung und Verwaltung	280
3.2	Verzeichnis der Massegegenstände und Gläubiger sowie Vermögensübersicht	281
3.3	Freigabe	285
3.4	Aufnahme von Aktiv- und Passivprozessen	290
3.5	Handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung	293
Kapitel 5	Aussonderung (Smid/Gramsch)	295
1.	<i>Geltendmachung massefremder Rechte: die Aussonderung</i>	295
1.1	Funktion des Aussonderungsrechts	295
1.2	Übersicht über die einzelnen Aussonderungsrechte	296
1.2.1	Allgemeines	296
1.2.2	Beispiele	297
2.	<i>Schuldrechtliche Aussonderungsansprüche</i>	298
3.	<i>Kommissionsgeschäfte</i>	299
4.	<i>Treuhandverhältnisse</i>	300
4.1	Übersicht	300
4.2	Aussonderungsanspruch des Sicherungsgebers in der Insolvenz des Sicherungsnehmers	303
5.	<i>Dingliche Aussonderungsansprüche</i>	304
5.1	Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen .	304
5.2	Einfacher Eigentumsvorbehalt	304
5.2.1	Dogmatische Begründung	305
5.3	Ansatz des BGH	306
5.3.1	Bindungswirkung des § 107 Abs. 2 InsO	307
5.4	Erweiterter und verlängerter Eigentumsvorbehalt	308
Kapitel 6	Absonderung (Smid/Gramsch)	309
1.	<i>Abgesonderte Befriedigung gesicherter Gläubiger</i>	309
1.1	Funktion der Absonderung	309
1.2	Die einzelnen Absonderungsrechte	309
1.2.1	Pfandrechte	310
1.2.1.1	Grundpfandgläubiger (§ 49 InsO)	310
1.2.1.2	Rechtsgeschäftliches, Pfändungspfandrecht und gesetzliches Pfandrecht (§ 50 InsO)	310
1.2.1.3	Sonstige Absonderungsberechtigte (§ 51 InsO)	311
1.2.2	Sicherungseigentum	312
1.2.2.1	Allgemeines	312
1.2.2.2	Sicherungseigentum als besitzloses Pfandrecht	312
1.2.2.3	Die Sicherungsabrede	313
1.2.2.4	Erwerb des Sicherungseigentums	314
1.2.2.5	Sicherungseigentum im Insolvenzverfahren und in der Einzelzwangsvollstreckung	314
1.2.2.5.1	Sicherungseigentum im Insolvenzverfahren	315

1.2.2.5.2	Sicherungseigentum in der Zwangsvollstreckung	315
1.2.2.5.2.1	Die herrschende Meinung	316
1.2.2.5.2.2	Andere Ansicht in der Literatur	316
1.2.2.5.2.3	Fazit	317
2.	<i>Verwertung des Absonderungsgutes</i>	318
2.1	Allgemeines	318
2.2	Verwertung (grundpfandrechtsbelasteter) unbeweglicher Sachen	319
2.3	Nutzung und Verwertung beweglichen Sicherungsgutes	322
2.3.1	Ausschließliche Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters	323
2.3.1.1	Verwertungsbefugnis	323
2.3.1.2	Veräußerung durch Insolvenzverwalter	325
2.3.1.3	Verwertungserlös bei Freigabe	326
2.3.1.4	Ersatzabsonderung	327
2.3.1.5	Verwertung durch Gebrauch des Nutzungspotentials . .	328
2.3.1.6	Schutz vor Verwertungsverzögerungen	329
3.	<i>Anspruch des Absonderungsberechtigten auf Erlösauskehr</i>	330
3.1	Verfahrenskostenbeiträge der gesicherten Mobiliarpfandgläubiger	331
3.2	Kompensation entstandener Kosten	333
4.	<i>Die Massezugehörigkeit sicherungsgeordneter Forderungen</i>	333
4.1	Sicherungspool	333
4.2	Reichweite zulässiger Verfügungen über das publizitätslose Pfandrecht	335
4.2.1	§ 166 Abs. 2 InsO als Schutzgesetz	335
4.2.2	Befreiende Wirkung einer Leistung des Drittschuldners an den Sicherungszeessionar?	335
4.3	Abkehr von der „Sicherheitenpoolentscheidung“?	337
Kapitel 7	Aufrechnung (Smid/Gramsch)	339
1.	<i>Die Grundnorm des § 94 InsO</i>	339
2.	<i>Reichweite und Grenzen der Aufrechnungsbefugnis im eröffneten Insolvenzverfahren</i>	341
2.1	Eintritt der Aufrechnungslage im Insolvenzverfahren (§ 95 InsO)	341
2.1.1	Gegenforderung noch nicht fällig	341
2.1.2	Aufschiebend bedingte Forderungen	342
2.1.3	Fehlende Gleichartigkeit	343
2.2	Grenzen der Aufrechnungsbefugnis im eröffneten Verfahren	343
2.2.1	Allgemeine Aufrechnungsverbote	343
2.2.2	Insolvenzrechtliche Aufrechnungsverbote aus § 96 InsO	343
2.2.2.1	Gegenseitigkeit entsteht nach Eröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	344

2.2.2.2	Erwerb der Gegenforderung nach Eröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 2 InsO)	344
2.2.2.3	Erwerb der Gegenforderung durch anfechtbare Rechtshandlung (§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO)	345
2.2.2.4	Gegenforderung gegen das freie Vermögen des Schuldners (§ 96 Abs. 1 Nr. 4 InsO)	346
2.2.2.5	Privilegierung der Inter-Bankenverrechnung (§ 96 Abs. 2 InsO)	346
2.3	Unwirksamkeit von Konzernverrechnungsklauseln	347
Kapitel 8	Abwicklung von Vertragsverhältnissen (Smid/Gramsch)	348
1.	<i>Grundlagen des Insolvenzvertragsrechts der §§ 103 ff. InsO</i>	348
1.1	Allgemeines	348
1.2	Dogmatische Grundlagen	349
1.3	Kein „alles oder nichts“ bei teilbaren Leistungen (§ 105 InsO)	351
1.3.1	Normzweck des § 105 InsO	351
1.3.2	Anwendungsbereich von § 105 Satz 1 InsO	352
1.3.3	Anwendungsbereich von § 105 Satz 2 InsO	354
1.4	Unabdingbarkeit der §§ 103–118 InsO	355
2.	<i>Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters nach § 103 InsO</i>	355
2.1	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 103 InsO	355
2.1.1	Gegenseitiger Vertrag	355
2.1.1.1	Verträge im Synallagma	356
2.1.1.2	Verträge ohne Synallagma	357
2.1.2	Nicht vollständig erfüllt	357
2.2	Ausübung des Wahlrechts durch den Insolvenz- verwalter	358
2.2.1	Entstehung und Grenzen des Wahlrechts	358
2.2.2	Erfüllungswahl als Willenserklärung	359
2.2.3	Befugnis des anderen Teils	362
2.2.3.1	Aufforderung zur Erklärung	362
2.2.3.2	Folgen des Schweigens des Verwalters: Kein Wieder- aufleben von Erfüllungsansprüchen	364
2.3	Rechtsfolgen der Wahlrechtsausübung	364
2.3.1	Erfüllungswahl	364
2.3.1.1	Aufrechnung	364
2.3.1.2	Pfändung, Abtretung	365
2.3.1.3	Teilleistungen	365
2.3.1.3.1	Teilweise Vorleistung des Schuldners	365
2.3.1.3.2	Teilweise Vorleistung des Gläubigers	366
2.3.1.3.3	Umfang	366
2.3.2	Nichterfüllungswahl	367
2.3.2.1	Schadensersatzanspruch des anderen Teils (§ 103 Abs. 2 Satz 1 InsO)	367
2.3.2.2	Anmeldung zur Tabelle	367

2.3.2.3	Umfang des Schadensersatzanspruchs	368
2.3.3	Erfüllungsanspruch gegen den Schuldner nach Abschluss des Verfahrens	368
3.	<i>Sonderregelungen für Fixgeschäfte und Finanz-</i> <i>leistungen (§ 104 InsO)</i>	369
3.1	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 104 Abs. 1 InsO – Fixgeschäfte	369
3.2	Tatbestandliche Voraussetzungen von § 104 Abs. 2 InsO – Finanzleistungen	369
3.3	Rechtsfolgen	370
4.	<i>Sonderregelungen bei vorgemerkten Ansprüchen</i> <i>(§ 106 InsO)</i>	370
4.1	Tatbestandliche Voraussetzungen des § 106 Abs. 1 InsO	370
4.1.1	Gesicherter Anspruch	370
4.1.2	Eintragung der Vormerkung	371
4.1.3	Vormerkungsgleiche Sicherungen	372
4.1.3.1	Vorkaufsrechte	372
4.1.3.2	Hypothekengläubiger	373
4.2	Regelung des § 106 Abs. 1 Satz 2 InsO	374
5.	<i>Sonderregelungen bei unter Eigentumsvorbehalt</i> <i>abgeschlossenen Verträgen (§ 107 InsO)</i>	375
5.1	Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers (§ 107 Abs. 1 InsO)	375
5.2	Insolvenz des Vorbehaltskäufers (§ 107 Abs. 2 InsO) . . .	376
6.	<i>Sonderregelungen bei Dauerschuldverhältnissen, Miete,</i> <i>Pacht, Darlehen, Dienstverhältnis (§§ 108–112 InsO) . . .</i>	376
6.1	Tatbestandliche Voraussetzungen	376
6.1.1	Allgemeines	376
6.1.2	Einzelne Schuldverhältnisse	378
6.1.2.1	Miet- und Pachtverträge über unbewegliche Gegen- stände und Räume	378
6.1.2.2	Dienstverhältnisse (§ 108 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. InsO) . . .	379
6.1.2.3	Finanzierte Verträge über sonstige Gegenstände (§108 Abs. 1 Satz 2 InsO)	379
6.1.2.4	Darlehensverträge (§ 108 Abs. 2 InsO)	380
6.2	Rechtsfolgen der §§ 108–112 InsO	380
6.2.1	Fortbestand nach § 108 Abs. 1 InsO	380
6.2.1.1	Miet-, Pacht- und Leasingverträge	381
6.2.1.1.1	Insolvenz des Vermieters bzw. Verpächters	381
6.2.1.1.2	Insolvenz des Leasinggebers	382
6.2.1.1.3	Insolvenz des Mieters bzw. Pächters	382
6.2.1.2	Dienstverträge	383
6.2.2	Ansprüche für die Zeit vor Verfahrenseröffnung (§ 108 Abs. 3 InsO)	383
6.3	Unabdingbarkeit	384
7.	<i>Sonstige Verträge</i>	384

Kapitel 9	Verwertung und Verteilung der Masse (<i>Smid</i>)	387
1.	<i>Verwertung der Insolvenzmasse</i>	387
1.1	Pflicht des Verwalters zur Verwertung der Masse	387
1.2	Ermessen des Verwalters bei der Wahl der Verwertungsform	387
1.3	Formen der Masseverwertung	388
1.4	Gewährleistung	388
1.5	Verbot spekulativer Maßnahmen	389
2.	<i>Verteilung der Teilungsmasse an die Gläubiger</i>	389
2.1	Schlussverteilung	390
2.1.1	Teilungsmasse	390
2.1.2	Allgemeine Regelungen	390
2.1.3	Zustimmung zur Schlussverteilung	391
2.2	Zuständigkeit	391
2.3	Abschlagsverteilungen	392
2.4	Verteilungsverzeichnis	393
2.5	Berücksichtigung bestrittener Forderungen	394
2.6	Berücksichtigung der Ausfallforderung absonderungs- berechtigter Gläubiger	395
2.6.1	Besitzpfandgläubiger	395
2.6.2	Absonderungsberechtigte Gläubiger in Fällen des § 166 InsO	395
2.7	Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen	395
2.8	Berücksichtigung solcher Gläubiger, die nachträglich die Voraussetzungen ihrer Berücksichtigungsfähigkeit nachweisen	396
Kapitel 10	Insolvenzgläubiger (<i>Streuber</i>)	397
1.	<i>Gläubigergruppen</i>	397
1.1	Einfache nicht nachrangige Insolvenzgläubiger	397
1.2	Nachrangige Insolvenzgläubiger	401
1.3	Absonderungsberechtigte Gläubiger	402
1.4	Aussonderungsberechtigte Gläubiger	404
1.5	Massegläubiger	405
2.	<i>Forderungsverfolgung im Insolvenzverfahren</i>	406
2.1	Forderungsanmeldung	406
2.2	Prüfungstermin	410
2.3	Widerspruch gegen angemeldete Ansprüche	411
2.4	Forderungsfeststellungsprozess	413
2.5	Widerspruch des Insolvenzschuldners	416
2.6	Verfolgung des Rechts auf abgesonderte Befriedigung	417
3.	<i>Gläubigerversammlung und (vorläufiger) Gläubiger- ausschuss</i>	418
3.1	Gläubigerversammlung	419
3.2	Gläubigerausschuss	428
3.3	Vorläufiger Gläubigerausschuss im Insolvenzeröffnungsverfahren	432

Kapitel 11 Insolvenzanfechtung (Smid/Gramsch)	435
1. <i>Grundlagen der insolvenzrechtlichen Anfechtung der §§ 129 ff. InsO</i>	435
1.1 Allgemeines	435
1.2 Ausübung des Anfechtungsrechts	438
1.2.1 Anfechtungsberechtigter	438
1.2.2 Anfechtungsgegner und mittelbare Zuwendungen	438
1.3 Gemeinsame Tatbestandsmerkmale der Anfechtungstatbestände	439
1.3.1 Rechtshandlung	439
1.3.2 Gläubigerbenachteiligung	441
1.3.3 Maßgeblicher Zeitpunkt der Vornahme der Rechtshandlung	446
1.3.3.1 Mehraktige Rechtshandlungen	446
1.3.3.2 Unterlassen	447
1.3.3.3 Bedingte und befristete Rechtshandlungen	447
1.3.4 Kausalität zwischen Rechtshandlung und Gläubigerbenachteiligung	447
1.3.5 Darlegungs- und Beweislast	448
1.4 „Anfechtungsfreies“ Bargeschäft nach § 142 InsO	448
1.4.1 Wertäquivalenz zwischen Leistung und Gegenleistung	449
1.4.1.1 Allgemeines	449
1.4.1.2 Bewertung von Dienstleistungen	450
1.4.1.3 Verlängerter Eigentumsvorbehalt	450
1.4.2 Maßgeblichkeit der Parteivereinbarung	450
1.4.3 Zeitliche Verknüpfung	451
2. <i>Anfechtung wegen kongruenter Deckung (§ 130 InsO)</i>	451
2.1 Normzweck und Normstruktur	451
2.1.1 Normzweck	451
2.1.2 Normstruktur	452
2.2 Normvoraussetzungen	454
2.2.1 Kongruente Deckung	454
2.2.2 Zeitraum und weitere Voraussetzungen	456
2.2.2.1 Zeitraum	456
2.2.2.2 Weitere Voraussetzungen	456
2.2.3 Kenntnis des Gläubigers	457
2.2.3.1 Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit oder des Eröffnungsantrages	457
2.2.3.2 Kenntnis entsprechender Umstände (§ 130 Abs. 2 InsO)	458
2.2.3.3 Zurechnung fremden Wissens	458
2.3 Beweislast	459
2.3.1 Regelfall	459
2.3.2 Ausnahme	460
3. <i>Anfechtung wegen inkongruenter Deckung (§ 131 InsO)</i>	460
3.1 Normzweck und Normstruktur	460
3.1.1 Normzweck	460
3.1.2 Normstruktur	460

3.2	Normvoraussetzungen	461
3.2.1	Inkongruente Deckung	461
3.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	469
3.2.2.1	Zeitraum	469
3.2.2.2	Weitere Voraussetzungen	469
3.2.3	Kenntnis beim Gläubiger	469
3.3	Beweislast	470
4.	<i>Anfechtung wegen unmittelbar gläubigerbenachteiligender Rechtshandlungen (§ 132 InsO)</i>	471
4.1	Normzweck und Normstruktur	471
4.2	Normvoraussetzungen	471
4.2.1	Rechtsgeschäfte und gleichgestellte Rechtshandlungen	472
4.2.2	Unmittelbare Gläubigerbenachteiligung	473
4.2.3	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	473
5.	<i>Anfechtung wegen vorsätzlicher Gläubigerbenachteiligung (§ 133 InsO)</i>	474
5.1	Normzweck und Normstruktur	474
5.1.1	Normzweck	474
5.1.2	Normstruktur	474
5.2	Normvoraussetzungen	475
5.2.1	Rechtshandlung/entgeltlicher Vertrag	475
5.2.1.1	Rechtshandlung (§ 133 Abs. 1 InsO)	475
5.2.1.2	Entgeltlicher Vertrag (§ 133 Abs. 2 InsO)	476
5.2.2	Zeitraum und weitere Voraussetzungen	476
5.2.2.1	Zeitraum	476
5.2.2.2	Weitere Voraussetzungen	477
5.2.3	Kenntnis des Gläubigers	477
5.2.3.1	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners	477
5.2.3.2	Kenntnis beim Anfechtungsgegner	478
5.3	Beweislast	479
5.3.1	Gläubigerbenachteiligungsvorsatz – Inkongruenz als Indiz	480
5.3.2	Kenntnis des Gläubigerbenachteiligungsvorsatzes – Inkongruenz als Indiz	481
5.3.3	Erhöhte Anforderungen an den Beweis bei Kongruenz	481
5.3.4	Vermutung der Kenntnis (§ 133 Abs. 1 Satz 2 InsO)	482
5.3.5	Beweislastumkehr (§ 133 Abs. 2 Satz 2 InsO)	482
6.	<i>Anfechtung wegen unentgeltlicher Leistung (§ 134 InsO)</i>	483
6.1	Normzweck und Normstruktur	483
6.2	Normvoraussetzungen	483
6.2.1	Leistung des Schuldners	484
6.2.2	Unentgeltlichkeit	485
6.2.2.1	Gemischte Schenkung	486
6.2.2.2	Erfüllung eigener (nicht bestehender) Schuld	487
6.2.2.3	Erfüllung betagter bzw. aufschiebend bedingter Schuld	488
6.2.2.4	Tilgung fremder Schuld	489

6.2.2.5	Sicherung fremder und eigener Schuld	489
6.2.2.6	Nachträgliche Vergütung	490
6.2.3	Ausschluss der Anfechtbarkeit nach § 134 Abs. 2 InsO	491
6.2.4	Zeitraum	492
6.3	Beweislast	493
7.	<i>Anfechtung im Zusammenhang mit Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO)</i>	493
7.1	Die Kapitalerhaltungsregeln nach altem Recht	493
7.1.1	Allgemeines zur Kapitalerhaltungssystematik	493
7.1.2	Die Anfechtungstatbestände des § 135 InsO a.F.	495
7.1.2.1	Allgemeines	495
7.1.2.2	Das kapitaleretzende Darlehen und ihm gleichgestellte Forderungen	496
7.1.2.2.1	Darlehen eines Gesellschafters	496
7.1.2.2.2	Gewährung oder Stehenlassen eines Gesellschafterdarlehens	497
7.1.2.2.3	Gleichgestellte Forderung	499
7.1.2.3	Eigenkapitalersetzende Gesellschafterleistung – die Krise	500
7.1.2.4	Sanierungsprivileg	502
7.1.2.5	Kleinbeteiligungsprivileg	504
7.1.2.6	Erfasste Gesellschaftsformen	504
7.2	Rechtsprechungsregeln	504
7.3	Beweislast	506
7.4	Die Anfechtung nach § 135 InsO n.F.	506
7.4.1	Anfechtung nach § 135 Abs. 1 Nr. 1 und 2 InsO	507
7.4.2	Anfechtung nach § 135 Abs. 2 InsO	507
7.4.3	Eigenkapitalersetzende Gebrauchsüberlassung (§ 135 Abs. 3 InsO)	508
7.4.3.1	Gegenstand, der für die Fortführung von erheblicher Bedeutung ist	509
7.4.3.2	Ausgleichszahlung	510
7.4.4	Sanierungs- und Kleinbeteiligungsprivileg (§ 135 Abs. 4 InsO)	510

Teil 3

Insolvenzverfahrensrecht 511

Kapitel 1	Insolvenzeröffnungsverfahren (Martini)	513
1.	<i>Zweck</i>	513
2.	<i>Insolvenzantrag</i>	514
2.1	Allgemeines	514
2.2	Zulässigkeitsvoraussetzungen	514
2.2.1	Gerichtliche Zuständigkeit	515
2.2.2	Glaubhaftmachung und rechtliches Interesse im Falle des Gläubigerantrages	518
2.2.3	Voraussetzung des Schuldnerantrages	518
2.2.4	Insolvenzfähigkeit	519

2.2.4.1	Natürliche Person	519
2.2.4.2	Juristische Personen (§ 11 Abs. 1 Satz 1, 2. Alt. InsO) ..	520
2.2.4.3	§ 11 Abs. 2 InsO	520
3.	<i>Bestellung eines Sachverständigen</i>	521
4.	<i>Anordnung von Sicherungsmaßnahmen</i>	522
4.1	Voraussetzungen	522
4.2	Rechtsfolgen	523
5.	<i>Arten von Sicherungsmaßnahmen</i>	523
5.1	Allgemeines	523
5.2	Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	524
5.2.1	Bestellung eines sog. „starken“ vorläufigen Insolvenz- verwalters	525
5.2.1.1	Allgemeines	525
5.2.1.2	Masseverbindlichkeiten	526
5.2.1.3	Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen (§ 25 InsO)	527
5.2.2	Bestellung eines sog. „schwachen“ vorläufigen Insolvenzverwalters	528
5.3	Untersagung und Einstellung der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	530
5.4	Vorläufige Postsperre	530
5.5	Zwangmaßnahmen	530
6.	<i>Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses</i>	531
7.	<i>Beendigung des Insolvenzeröffnungsverfahrens</i>	532
Kapitel 2	Regelinsolvenzverfahren (Martini)	533
1.	<i>Vorbemerkung</i>	533
2.	<i>Verfahrensbeteiligte</i>	535
2.1	Schuldner	535
2.1.1	Natürliche und juristische Personen	535
2.1.2	Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	536
2.1.3	Erben und Gütergemeinschaft	536
2.2	Insolvenzgericht – Zuständigkeit	537
2.3	Insolvenzverwalter	538
2.3.1	Person und Aufsicht	538
2.3.2	Haftung	541
2.4	Insolvenzgläubiger	542
2.4.1	Allgemeines	542
2.4.2	Nachrangige Insolvenzgläubiger	543
2.4.3	Organisation	544
2.5	Massegläubiger	545
2.5.1	Massekosten	545
2.5.2	Masseschulden	545
3.	<i>Eröffnung des Insolvenzverfahrens</i>	547
3.1	Insolvenzgrund	547
3.2	Massekostendeckung	547
3.3	Formalien der Verfahrenseröffnung	548

3.3.1	Inhalt und Form des Eröffnungsbeschlusses	548
3.3.2	Bestellung des Insolvenzverwalters	549
3.3.3	Terminsbestimmungen	551
4.	<i>Wirkungen der Verfahrenseröffnung</i>	551
4.1	Schuldnerbezogene Wirkungen	551
4.1.1	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten	551
4.1.2	Berufsrechtliche Beschränkungen	552
4.1.3	Auflösung insolventer Gesellschaften	553
4.2	Massebezogene Auswirkungen	553
4.2.1	Beschlagnahme des Schuldnervermögens	553
4.2.2	Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis . .	553
4.2.3	Vollstreckungsverbot und Rückschlagsperre	554
4.2.3.1	Umfang und Folgen des Vollstreckungsverbotes	554
4.2.3.2	Rückschlagsperre	556
4.2.4	Freigabe von Gegenständen aus der Insolvenzmasse . .	556
4.2.5	Rechtserwerb nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens .	557
5.	<i>Aufgaben und Pflichten des Insolvenzverwalters</i>	559
6.	<i>Gegenseitige Verträge in der Insolvenz</i>	559
7.	<i>Bereinigung der Masse</i>	561
7.1	Aussonderung	561
7.2	Absonderung	562
7.3	Aufrechnung	562
8.	<i>Feststellung der Insolvenzforderungen</i>	563
9.	<i>Verwertung und Verteilung der Masse</i>	564
9.1	Masseverwertung	564
9.1.1	Grundlagen	564
9.1.1.1	Besitzergreifung und Inventarisierung	564
9.1.2	Verwertung vor dem Berichtstermin	565
9.1.3	Betriebsfortführung oder Stilllegung	565
9.2	Verteilung an die Gläubiger	566
10.	<i>Beendigung des Insolvenzverfahrens</i>	566
10.1	Aufhebung nach Schlussverteilung	566
10.2	Einstellung	566
10.2.1	Einstellung mangels Masse	566
10.2.1.1	Regelungsziel	566
10.2.1.2	Regelungsgegenstand	566
10.2.1.3	Folgen	567
10.2.2	Einstellung wegen Wegfalls des Eröffnungsgrundes . .	567
10.2.3	Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit . .	568
10.2.4	Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	568
Kapitel 3	Die übertragende Sanierung (Lambrecht)	570
1.	<i>Einleitung</i>	570
2.	<i>Gegenstand der übertragenden Sanierung</i>	571
3.	<i>Rechtswirkungen</i>	574
4.	<i>Kaufpreisgestaltung</i>	575

5.	<i>Ablauf Verkaufsprozess</i>	576
6.	<i>Steuerliche Erwägungen</i>	578
7.	<i>Arbeitnehmer in der übertragenden Sanierung</i>	578
8.	<i>Gläubigermitbestimmung</i>	578
9.	<i>Erwerb vom Insolvenzverwalter</i>	579
10.	<i>Kaufvertrag</i>	580
10.1	Inhalte	580
10.2	Formvorschriften	580
10.3	Kaufvertragsmuster einer übertragenden Sanierung (ohne Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft).	581
11.	<i>Weitere Transaktionsstrukturen</i>	584
11.1	Share Deal nach Gründung einer Auffanggesellschaft durch den Insolvenzverwalter	584
11.2	Share Deal nach Durchführung eines Insolvenzplan- verfahrens	584
12.	<i>Gegenüberstellung von übertragender Sanierung und Insolvenzplanverfahren</i>	585
Kapitel 4	Insolvenzplanverfahren (Fritze)	586
1.	<i>Grundlagen</i>	586
1.1	Zweck des Insolvenzplanverfahrens	586
1.2	Voraussetzungen eines Insolvenzplanverfahrens und Überblick über die gesetzlichen Regelungen	589
1.3	Exkurs: Kombination mit Eigenverwaltung	590
2.	<i>Planinitiative</i>	591
2.1	Vorlageberechtigung	591
2.2	Einreichungszeitpunkt	592
2.3	Insolvenzplanarten	592
2.4	Plankonkurrenz	594
3.	<i>Inhalt des Insolvenzplans</i>	595
3.1	Darstellender Teil	595
3.2	Gestaltender Teil	597
3.3	Einteilung der Gläubiger in Gruppen	600
3.4	Plananlagen	602
4.	<i>Verfahren</i>	603
4.1	Überblick über den Ablauf des Verfahrens	603
4.2	Gerichtliches Vorverfahren	604
4.3	Erörterung und Abstimmung in der Gläubigerver- sammlung/in den anberaumten Gerichtsterminen	605
4.4	Obstruktionsverbot und weitere Zustimmungsfiktionen	608
4.5	Gerichtliche Überprüfung und Bestätigung des Insolvenzplans	610
4.6	Aufhebung des Verfahrens und Planüberwachung	611
5.	<i>Wirkungen des Insolvenzplans</i>	613
5.1	Allgemeine Wirkungen	613

5.2	Wiederaufleben des Verfahrens	613
5.3	Eröffnung eines neuen Insolvenzverfahrens	613
5.4	Massekredite	614
6.	<i>Besonderheiten</i>	615
6.1	Konzerne und internationale Fälle	615
6.2	Massearmut, Kosten, Rechtsmittel	616
6.3	Steuerrecht und Insolvenzplanverfahren	617
6.4	Reformdiskussion	621
Kapitel 5	Vereinfachtes Insolvenzverfahren (Martini)	622
1.	<i>Vorbemerkung</i>	622
1.1	Allgemeine Ziele des Insolvenzverfahrens	622
1.2	Statistische Bedeutung	623
1.3	Ziele des Verbraucherinsolvenzverfahrens/Schuldturn- problematik	623
1.4	Reform	624
2.	<i>Abgrenzung zum Regelinsolvenzverfahren</i>	625
2.1	Natürliche Person	626
2.2	Keine frühere selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit . .	626
2.2.1	Begriff der selbstständigen Tätigkeit	626
2.2.2	Wirtschaftliche Tätigkeit	626
2.2.3	Frühere selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit	627
2.2.3.1	Nicht überschaubare Vermögensverhältnisse	627
2.2.3.2	Keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen	627
2.3	Rechtsprechung	628
3.	<i>Verfahrensablauf</i>	629
3.1	Außergerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	629
3.1.1	Normzweck	629
3.1.2	Außergerichtlicher Einigungsversuch	629
3.1.3	Bescheinigung einer geeigneten Person oder Stelle	630
3.1.4	Scheiternsfiktion	630
3.1.5	Rechtsprechung	631
3.2	Gerichtliches Schuldenbereinigungsverfahren	631
3.2.1	Normzweck	631
3.2.2	Voraussetzungen	631
3.2.3	Inhalt des Schuldenbereinigungsplans	632
3.2.4	Verfahren	632
3.2.5	Rechtsfolgen	634
3.3	Vereinfachtes eröffnetes Insolvenzverfahren	634
3.3.1	Erfolglosigkeit des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens	634
3.3.2	Feststellung des Insolvenzgrundes	634
3.3.3	Deckung der Verfahrenskosten	634
3.3.4	Verfahrenseröffnung	634
3.3.5	Verfahrensablauf	635
3.3.5.1	Eröffnungsbeschluss	635
3.3.5.2	Bestellung des Treuhänders	635

3.3.5.3	Forderungsanmeldung	635
3.3.6	Insolvenzmasse	635
3.3.6.1	Arbeitseinkommen/Sozialleistungen	636
3.3.6.2	Hausrat	636
3.3.6.3	Mietsicherheit/Genossenschaftsanteile	636
3.3.6.4	Bankkonto/Sparguthaben	636
3.3.6.5	Lebensversicherungen/Altersbezüge	637
3.3.7	Abweichungen gegenüber der Regelinsolvenz	637
3.3.7.1	Veröffentlichungen	638
3.3.7.2	Entfallen des Berichtstermins	638
3.3.7.3	Anfechtung von Rechtshandlungen	638
3.3.7.4	Eingeschränktes Verwertungsrecht	639
3.3.7.5	Vereinfachte Verteilung	639
3.3.7.6	Zeitliche Erweiterung der Rückschlagsperre	639
3.3.8	Verfahrensabschluss und Sperrwirkung	640
4.	<i>Stundung der Verfahrenskosten</i>	640
4.1	Voraussetzungen	640
4.2	Gewährung	641
4.3	Wirkung und Umfang	642
4.4	Beordnung eines Rechtsanwalts	642
4.5	Aufhebung	642
4.6	Rechtsprechung	643
5.	<i>Sonderfragen</i>	643
5.1	Selbstständigkeit in der Verbraucherinsolvenz	643
5.2	Steuerliche Pflichten des Treuhänders	644
6.	<i>Reform der Verbraucherinsolvenz und der Restschuldbefreiung</i>	645
6.1	Verkürzung der Wohlverhaltensperiode	645
6.2	Änderungen im Bereich der Versagung der Restschuldbefreiung	645
6.3	Abschaffung des gerichtlichen Schuldenbereinigerungsverfahrens	645
6.4	Sonstige Änderungen	646
Kapitel 6	Restschuldbefreiung der natürlichen Person (Martini) ..	647
1.	<i>Voraussetzungen</i>	647
1.1	Antrag	647
1.2	Abtretungserklärung (§ 287 Abs. 2 InsO)	648
1.3	Anhörung der Gläubiger und des Treuhänders im Schlusstermin	649
1.4	Fehlen von Versagungsgründen	649
1.5	Sperrfrist	650
2.	<i>Ankündigung der Restschuldbefreiung</i>	651
3.	<i>Bestellung des Treuhänders</i>	651
4.	<i>Obliegenheiten</i>	651
5.	<i>Entscheidung über die Restschuldbefreiung</i>	652

5.1	Vorzeitige Beendigung ohne Restschuldbefreiung	652
5.2	Vorzeitige Erteilung der Restschuldbefreiung	652
5.3	Regelfristige Erteilung	653
5.4	Wirkungen der Restschuldbefreiung	653
5.5	Widerruf der Restschuldbefreiung	654
Kapitel 7	Eigenverwaltung (<i>Wehdeking</i>)	655
1.	<i>Grundlagen der Eigenverwaltung</i>	655
1.1	Systematik der Eigenverwaltung	655
1.2	Aufgabe der Eigenverwaltung und Intentionen des Insolvenzrechtsreformgesetzgebers	656
1.2.1	Möglichkeit einer gerichtlich kontrollierten Reorganisation und Sanierung	657
1.2.1.1	Überkommene Rechtslage	657
1.2.1.2	Eigenständiges Sanierungsverfahren („Schutzschirm- verfahren“) nach § 270b InsO	658
1.2.2	Anreiz zur Eigenantragstellung	660
1.2.3	Nutzung des schuldnerischen Sachverstandes	662
1.2.4	Kostenvorteile gegenüber dem Regelinsolvenzverfahren 663	
1.3	Vorbilder der deutschen Eigenverwaltung	664
1.4	Eigenverwaltung und Reorganisation	665
1.5	Modell von Formen der Eigenverwaltung im deutschen Recht	666
2.	<i>Materielle Voraussetzungen</i>	666
2.1	Eröffnungsantrag des Schuldners	667
2.1.1	Verfahrensrechtliche Anforderungen an den Antrag	667
2.1.2	Antragsberechtigung	668
2.1.3	Maßgebender Zeitpunkt für den Antrag	669
2.2	Fremdantrag eines Gläubigers	670
2.3	Nachteile und Verfahrensverzögerung	670
2.3.1	Nachteile	671
2.3.1.1	Natürliche Personen	672
2.3.1.2	Juristische Personen und Personen- und Personen- handelsgesellschaften	672
2.4	Sonderfälle	674
2.4.1	Eingetragene Genossenschaften	674
2.4.2	Finanzdienstleistungsunternehmen	675
3.	<i>Entscheidung des Gerichts</i>	675
3.1	Absehen von vorläufigen Verfügungsverboten und Bestellung eines vorläufigen Sachwalters	675
3.2	Entscheidung über Anordnung oder „Versagung“ der Anordnung der Eigenverwaltung mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens	675
3.2.1	Ablehnender Beschluss	675
3.2.2	Stattgebender Beschluss	676
3.2.3	Begründung des Anordnungs- und Ablehnungs- beschlusses	677
3.2.3.1	Anordnungsbeschluss	677

3.2.3.2	Ablehnungsbeschluss	678
3.3	Rechtsmittel	678
3.4	Nachträgliche Anordnung der Eigenverwaltung	679
3.4.1	Antrag auf Eigenverwaltung	680
3.4.2	Antrag der Gläubigerversammlung	681
3.4.3	Entscheidung des Gerichts	681
4.	<i>Allgemeine Wirkung des Eröffnungsbeschlusses bei Anordnung der Eigenverwaltung</i>	682
4.1	Insolvenzbeschlagnahme des schuldnerischen Vermögens	682
4.2	Fortdauer des Insolvenzbeschlagnahmes des schuldnerischen Vermögens bei nachträglicher Anordnung der Eigenverwaltung	683
4.3	Befugnisse des Schuldners zur Masseverwaltung	683
4.4	Einsetzung eines Sachwalters	684
4.5	Registerrechtlicher Insolvenzvermerk	684
4.6	Anhängige Prozesse („automatic stay“)	685
5.	<i>Aufhebung der Eigenverwaltung</i>	685
5.1	Antrag der Gläubigerversammlung	685
5.2	Gläubigerantrag	685
5.3	Schuldnerantrag	686
5.4	Entscheidung des Insolvenzgerichts	687
6.	<i>Rechtsstellung und Aufgabenverteilung zwischen Schuldner und Sachwalter</i>	688
6.1	Rechtsstellung und Befugnisse des Schuldners	688
6.1.1	Rechtsstellung	688
6.1.2	Befugnisse und Pflichten des Schuldners	688
6.1.2.1	Führung der Geschäfte	689
6.1.2.2	Mitwirkungsbefugnisse des Sachwalters	689
6.1.2.3	Wahlrecht des Schuldners	690
6.1.2.4	Lebensführung des Schuldners	691
6.1.2.5	Insolvenzspezifische Aufgaben des Schuldners	691
6.1.2.6	Vorlage eines Insolvenzplans	693
6.1.2.7	Mitwirkungspflichten	694
6.2	Rechtsstellung und Befugnisse des Sachwalters	695
6.2.1	Auswahl des Sachwalters	695
6.2.2	Rechte und Pflichten des Sachwalters	695
6.2.2.1	Insolvenzanfechtung/Gesamtschaden	696
6.2.2.2	Tabellenführung und Prüfungspflichten	696
6.2.2.3	Beratungsaufgaben des Sachwalters	697
6.2.2.4	Aufsichts- und Überwachungs- und Berichtspflichten ..	698
6.2.2.5	Mitwirkungsrechte	699
6.2.2.6	Zustimmungsbedürftigkeit	700
6.2.3	Insolvenzgerichtliche Aufsicht und Haftung	701
Kapitel 8	Sonderinsolvenzen (Hermanns)	702
1.	<i>Nachlassinsolvenzverfahren</i>	702
1.1	Regelungszweck	702

1.2	Anwendungsbereich	703
1.2.1	In subjektiver Hinsicht – verschiedene Stadien des Eintritts des Todes	703
1.2.1.1	Tod vor Stellung des Insolvenzantrages	703
1.2.1.2	Tod im Insolvenzeröffnungsverfahren	703
1.2.1.3	Tod im eröffneten Insolvenzverfahren	703
1.2.2	In objektiver Hinsicht – erfasste Verbindlichkeiten	704
1.2.2.1	Erblasserverbindlichkeiten	704
1.2.2.2	Erbfallverbindlichkeiten	704
1.2.2.3	Nachlasserbverbindlichkeiten	704
1.3	Rechtliche Grundlagen	705
1.3.1	Erbrechtliche Grundlagen	705
1.3.2	Insolvenzrechtliche Grundlagen	707
1.3.2.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen	707
1.3.2.1.1	Örtliche Zuständigkeit	707
1.3.2.1.2	Antragsberechtigte/Antragspflicht	707
1.3.2.1.3	Antragsfrist	709
1.3.2.2	Eröffnungsgründe	710
1.3.2.2.1	Überschuldung des Nachlasses	710
1.3.2.2.2	Zahlungsunfähigkeit des Nachlasses	711
1.3.2.2.3	Drohende Zahlungsunfähigkeit	711
1.3.2.3	Rechtsfolgen der Eröffnung eines Nachlassinsolvenz- verfahrens	711
1.3.2.4	Besondere Regelungen im Nachlassinsolvenzverfahren	712
1.3.2.4.1	§ 321 InsO	712
1.3.2.4.2	§ 323 InsO	712
1.3.2.4.3	§ 324 InsO	713
1.3.2.4.4	Besonderheiten bei der Insolvenzanfechtung	713
1.3.2.4.5	Besonderheiten bei Lebensversicherungen	714
1.3.2.4.6	Besonderheiten bei der Fortführung eines Handels- geschäftes	714
2.	<i>Insolvenzverfahren über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft</i>	715
3.	<i>Insolvenzverfahren über das gemeinschaftlich verwaltete Gesamtgut einer Gütergemeinschaft</i>	715
Teil 4		
Rechnungslegung in der Insolvenz		717
Kapitel 1	Interne Rechnungslegung (Amberger)	719
1.	<i>Das System der Rechnungslegung im Insolvenz- verfahren</i>	719
2.	<i>Insolvenzrechtliche Rechnungslegung</i>	720
2.1	Aktuelle Entwicklung	720
2.1.1	Gesetz zur Verbesserung und Vereinfachung der Aufsicht im Insolvenzverfahren (GAVI)	720
2.1.2	Rechnungslegungshinweise des IDW e.V.	722

2.2	Verzeichnis der Massegegenstände (§ 151 InsO)	722
2.3	Gläubigerverzeichnis (§ 152 InsO)	723
2.4	Vermögensübersicht (§ 153 InsO)	723
2.5	Schlussrechnung (§ 66 InsO)	723
2.5.1	Schlussrechnung	724
2.5.2	Schlussbericht	724
2.5.3	Schlussverzeichnis	725
2.5.4	Gerichtliche Prüfung	725
2.5.5	Prüfung durch den Gläubigerausschuss	726
2.6	Schlussrechnung bei vorheriger Anzeige der Masseunzulänglichkeit	726
Kapitel 2	Externe Rechnungslegung in der Insolvenz (Schmid) ..	727
1.	<i>Einführung und Abgrenzung</i>	727
1.1	Einführung	727
1.2	Ziele der externen Rechnungslegung	727
1.3	Abgrenzung zur internen Rechnungslegung im Insolvenzverfahren	728
2.	<i>Umfang der externen Rechnungslegungspflicht</i>	729
2.1	Handelsrechtliche Buchführungspflicht	729
2.1.1	Zeitlicher und sachlicher Umfang	729
2.1.2	Anforderungen an die Buchführung	733
2.2	Handelsrechtliche Abschlüsse	734
2.2.1	Insolvenzrechnungslegung und Liquidationsrechnungs- legung	734
2.2.2	Letzter Jahresabschluss der werbenden Gesellschaft vor Insolvenzeröffnung	736
2.2.3	Eröffnungsbilanz auf den Zeitpunkt der Verfahrens- eröffnung	739
2.2.4	Jahresabschlüsse für Geschäftsjahre, die während des Insolvenzverfahrens enden	743
2.2.5	Handelsrechtliche Schlussbilanz	744
2.3	Konzernrechnungslegung in der Insolvenz	746
2.4	Jahresabschlussprüfung in der Insolvenz	747
2.5	Feststellung	749
2.6	Handelsrechtliche Offenlegungspflichten	749
2.7	Externe Rechnungslegung in der Insolvenz nach steuerrechtlichen Vorschriften	750
2.8	Reduzierung des Pflichtenumfangs insbesondere bei Masseunzulänglichkeit	754

Teil 5

Steuern in Sanierung und Insolvenz 759

Kapitel 1	Verfahrensfragen (Bschorr)	761
1.	<i>Insolvenzsteuerrecht „versus“ Steuerrecht</i>	761
2.	<i>Verfahrensrechtliche Stellung der Beteiligten</i>	762
2.1	Stellung des Schuldners nach der Verfahrenseröffnung	762

2.2	Steuerrechtliche Stellung des Insolvenzverwalters	763
2.2.1	Steuererklärungspflichten für die Zeit des Insolvenzverfahrens	765
2.2.2	Steuererklärungen für die Zeit vor Insolvenzeröffnung .	766
2.2.3	Dauer der Insolvenz, Pflichten des Insolvenzverwalters .	766
2.3	Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	767
2.4	Stellung des Treuhänders und Sachwalters	769
2.5	Haftung des Insolvenzverwalters für Steuerschulden . . .	769
2.5.1	Haftung des Insolvenzverwalters	769
2.5.2	Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	772
2.6	Stellung der Finanzverwaltung	773
2.6.1	Das Finanzamt als Gläubiger	773
2.6.2	Auskünfte des Finanzamtes an den Insolvenzverwalter .	774
3.	<i>Wirkungen der Insolvenzeröffnung im Besteuerungsverfahren</i>	<i>775</i>
3.1	Steuerermittlungsverfahren	775
3.2	Steuerfestsetzungsverfahren/Feststellungsverfahren	776
3.3	Erstattungsansprüche	779
3.4	Rechtsbehelfsverfahren	780
3.5	Finanzgerichtsverfahren	781
3.6	Vollstreckungsverfahren	783
4.	<i>Durchsetzung von Steuerforderungen im Insolvenzverfahren</i>	<i>784</i>
4.1	Qualifizierung von Steuern als Insolvenzforderung oder Masseverbindlichkeit	784
4.2	Anmeldung und Feststellung von Insolvenzforderungen	787
4.2.1	Anmeldung zur Tabelle	787
4.2.2	Anerkennung oder Widerspruch im Prüfungstermin . . .	788
4.2.3	Feststellungsbescheid nach § 251 Abs. 3 AO	791
4.2.4	Beitreibung nach Insolvenzbeendigung	792
4.3	Durchsetzung von Masseverbindlichkeiten	793
4.3.1	Massereichtum	793
4.3.2	Massearmut	794
4.4	Durchsetzung von Steuern aus insolvenzfreier Tätigkeit/Neuerwerb	794
4.5	Aufrechnung	796
4.5.1	Aufrechnung von Vorauszahlungsschulden	801
4.5.2	Aufrechnung mit Erstattungszinsen	802
4.5.3	Aufrechnung mit Säumniszuschlägen	802
4.5.4	Aufrechnung mit Haftungsforderungen	802
4.5.5	Aufrechnung bei Neuerwerb	803
4.5.6	Aufrechnung unter Berücksichtigung des Umsatzsteuer-Saldierungsprinzips	803
4.5.7	Aufrechnung Vorsteuer aus Vergütung des (vorläufigen) Insolvenzverwalters	804
4.5.8	Aufrechnung von Umsatzsteuer- und Vorsteuerberichtigungsansprüchen nach § 17 UStG	805

4.5.9	Aufrechnung mit Sondervorauszahlungen bei Dauerfristverlängerung	806
4.5.10	Aufrechenbarkeit des Vergütungsanspruchs nach Rechnungsberichtigung	806
4.5.11	Aufrechnung nach Quotenauszahlung	806
4.5.12	Aufrechnung von Kraftfahrzeugsteuern	807
4.5.13	Aufrechnung von Grunderwerbsteuer	807
4.5.14	Aufrechnung gegen Anspruch auf Eigenheimzulage . . .	807
4.5.15	Aufrechnung Körperschaftsteuerguthaben im Sinne von § 37 Abs. 1 Satz 1 KStG	807
4.5.16	Aufrechnung mit im Insolvenzplan erlassener Forderung	808
4.5.17	Aufrechnung im Rahmen der Nachtragsverteilung	808
Kapitel 2	Umsatzsteuer (Bschorr)	809
1.	<i>Unternehmereigenschaft in der Insolvenz und verfahrensrechtliche Fragen</i>	809
2.	<i>Umsatzsteuerforderungen als Insolvenzforderungen/ Masseverbindlichkeiten</i>	810
3.	<i>Umsatzsteuer bei Neuerwerb/Freigabe</i>	817
4.	<i>Umsatzsteuerliche Organschaft</i>	818
4.1	Voraussetzungen und Rechtsfolgen	818
4.2	Insolvenz der Organgesellschaft	819
4.3	Insolvenz des Organträgers	820
4.4	Insolvenz des Organträgers und der Organgesellschaft .	821
4.5	Rechtsfolgen bei Beendigung der Organschaft	821
5.	<i>Vorsteuer im Insolvenzverfahren</i>	824
6.	<i>Vorsteuerberichtigung nach § 17 UStG</i>	825
7.	<i>Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG</i>	826
8.	<i>Umsatzsteuerkorrektur</i>	828
9.	<i>Umsatzsteuer/Vorsteuer bei nicht vollständig erfüllten Verträgen</i>	829
9.1	Umsatzsteuerkorrektur nach § 17 Abs. 2 Nr. 2 UStG . . .	829
9.2	Vorsteuerberichtigung nach § 17 Abs. 2 UStG	831
10.	<i>Sicherungsverwertung</i>	832
10.1	Verwertung durch den Insolvenzverwalter	833
10.2	Verwertung durch den Sicherungsnehmer	835
10.3	Verwertung durch den Insolvenzschuldner nach Freigabe	837
10.4	Verwertung außerhalb des Insolvenzverfahrens	837
11.	<i>Geschäftsveräußerung im Ganzen</i>	838
Kapitel 3	Ertragsteuern (Schmid)	841
1.	<i>Körperschaftsteuer</i>	841
1.1	Grundlagen	841
1.2	Wechselwirkungen zwischen Körperschaftsteuer und Einkommensteuerunter dem Regime der Abgeltung- steuer	843

1.3	Verlustrück- und -vortrag, Mindestbesteuerung	847
1.4	Untergang von Verlustvorträgen, § 8 c KStG	849
1.4.1	Grundlagen	849
1.4.2	Regelungsinhalt	851
1.4.3	Sanierungsklausel	854
1.4.3.1	Begriff des Beteiligungserwerbs	855
1.4.3.2	Begriff der Sanierung	855
1.4.3.3	Erhaltung der wesentlichen Betriebsstrukturen	858
1.4.3.4	Ausschluss der Anwendung der Sanierungsklausel	862
1.5	Gesellschafterdarlehen in Krise und Insolvenz	863
1.5.1	Einführung	863
1.5.2	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	863
1.5.3	Rechtslage vor Einführung des MoMiG	864
1.5.4	Situation nach dem MoMiG	865
1.5.5	Bilanzielle Behandlung der Gesellschafterdarlehen	865
1.5.6	Einfluss von Sanierungsmaßnahmen	865
1.5.6.1	Verzicht auf Gesellschafterdarlehen	865
1.5.6.2	Forderungsverzicht mit Besserungsversprechen	869
1.5.6.3	Rangrücktritt	872
1.6	Pensionsrückstellungen in Krise und Insolvenz	875
1.6.1	Grundlagen	875
1.6.2	Verzicht auf Pensionszusagen	875
1.6.3	Widerruf von Pensionszusagen	878
1.6.4	(Teil-)verzicht auf noch nicht erdiente Anwartschaftsrechte	879
1.6.5	Abfindung einer Pensionsanwartschaft	880
1.7	Ertragsteuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen	883
1.7.1	Grundlagen	883
1.7.2	BMF-Schreiben vom 27. 03. 2003	884
1.8	Körperschaftsteuer in der Insolvenz	889
1.8.1	Grundlagen	889
1.8.2	Körperschaftsteuer als Insolvenzforderung oder als Masseverbindlichkeit	889
1.8.3	Besonderer Gewinnermittlungszeitraum gemäß § 11 KStG	893
1.8.4	Körperschaftsteuerrechtliche Organschaft	894
1.8.4.1	Insolvenz der Organgesellschaft	895
1.8.4.2	Insolvenz des Organträgers	897
1.8.4.3	Gleichzeitige Insolvenz von Organträger und Organgesellschaft	897
2.	<i>Einkommensteuer</i>	898
2.1	Grundlagen	898
2.2	Steuersubjekt der Einkommensteuer	898
2.3	Verluste und Verlustnutzung	899
2.3.1	System der steuerlichen Berücksichtigung von Verlusten	899
2.3.2	Einschränkungen der Verlustberücksichtigung	900

2.4	Steuerliche Auswirkungen von Forderungsverzicht und Rangrücktritt	901
2.4.1	Überblick	901
2.4.2	Natürliche Personen – Einzelunternehmer	902
2.4.2.1	Forderungsverzicht durch Drittgläubiger	902
2.4.2.2	Forderungsverzicht mit Besserungsschein	905
2.4.2.3	Rangrücktritt	906
2.4.3	Gesellschafter von Kapitalgesellschaften	908
2.4.3.1	Grundlagen	908
2.4.3.2	Verlust von Gesellschafterdarlehen – altes Recht	909
2.4.3.3	Verlust von Gesellschafterdarlehen – neues Recht	912
2.4.3.4	Rangrücktrittserklärungen und Verzicht mit Besserungs- schein	914
2.4.4	Gesellschafter von Personenhandelsgesellschaften	915
2.4.4.1	Steuerrechtliche Behandlung von Forderungen eines Gesellschafters gegen die Personengesellschaft – Grundsätze	915
2.4.4.2	Forderungsverzicht des Gesellschafters gegenüber der Personengesellschaft	916
2.4.4.3	Rangrücktritt und Besserungsschein	918
2.5	Einkommensteuerliche Folgen der Insolvenzeröffnung	920
2.5.1	Trennung von Insolvenzforderungen und Masse- schulden	921
2.5.1.1	Einkommensteuerliche Umsetzung der insolvenz- rechtlichen Vermögenssphären	921
2.5.1.2	Insolvenzrechtliches Begründetsein von Einkommen- steuerschulden	923
2.5.1.3	Einkommensteuern als Masseverbindlichkeit	925
2.5.2	Aufteilung der Einkommensteuerschuld	929
2.5.3	Einkommensteuer-Vorauszahlungen und Abschluss- zahlungen	931
2.5.4	Ehegattenveranlagung	932
2.5.5	Auflösung stiller Reserven	934
2.5.6	Einkommensteuerfragen im Zusammenhang mit Personengesellschaften	936
2.5.6.1	Insolvenz der Personengesellschaft	936
2.5.6.2	Beteiligung des Insolvenzschuldners an einer Personengesellschaft	938
2.5.6.3	Betriebsaufgabe und Betriebsveräußerung in der Insolvenz	938
2.5.7	Restschuldbefreiung und Sanierungsgewinne	940
3.	<i>Gewerbsteuer</i>	942
3.1	Grundlagen	942
3.2	Gewerbsteuerliche Verlustvorträge und Sanierungs- gewinne	943
3.3	Gewerbsteuerpflicht in der Insolvenz	945
3.4	Ermittlung des Gewerbeertrages in der Insolvenz	945
4.	<i>Lohnsteuer</i>	946

4.1	Grundlagen	946
4.2	Insolvenz des Arbeitnehmers	947
4.3	Insolvenz des Arbeitgebers	948
4.4	Lohnsteuerfragen im Zusammenhang mit Insolvenzzahlungungen	949

Teil 6

Gesetzesübergreifende Bezüge 951

Kapitel 1	Arbeits- und Sozialrecht (Witt)	953
1.	<i>Einführung</i>	953
2.	<i>Sanierung und Kündigungsschutz</i>	954
2.1	Allgemeiner Kündigungsschutz	954
2.1.1	Räumlicher Anwendungsbereich	954
2.1.1.1	Betriebe mit bis zu fünf Arbeitnehmern	955
2.1.1.2	Betriebe mit mehr als fünf und bis zehn Arbeitnehmern	955
2.1.1.3	Betriebe mit mehr als zehn Arbeitnehmern	955
2.1.1.4	Feststellung der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer	956
2.1.2	Persönlicher Anwendungsbereich	956
2.1.3	Dringende betriebliche Gründe	957
2.1.3.1	Die unternehmerische Entscheidung	957
2.1.3.2	Eingeschränkte gerichtliche Kontrolle	958
2.1.3.3	Unternehmerische Entscheidung: Betriebsstilllegung	960
2.1.3.4	Kündigung als letztes Mittel	960
2.1.3.4.1	Freier Arbeitsplatz	960
2.1.3.4.2	Freier gleichwertiger Arbeitsplatz	961
2.1.3.4.3	Freier nicht gleichwertiger Arbeitsplatz	961
2.1.4	Sozialauswahl	963
2.1.4.1	Vergleichbarkeit der Arbeitnehmer	963
2.1.4.1.1	Arbeitnehmer in demselben Betrieb	963
2.1.4.1.2	Tatsächliche Einsetzbarkeit auf einem anderen Arbeitsplatz	963
2.1.4.1.3	Rechtliche Einsetzbarkeit auf einem anderen Arbeitsplatz	964
2.1.4.1.4	Weitere Vergleichbarkeitsmerkmale	964
2.1.4.2	Feststellung der sozialen Schutzbedürftigkeit	965
2.1.4.2.1	Betriebszugehörigkeit	965
2.1.4.2.2	Lebensalter	966
2.1.4.2.3	Unterhaltungspflichten	966
2.1.4.2.4	Schwerbehinderung	966
2.1.4.2.5	Ermittlung der Sozialdaten	967
2.1.4.2.6	Gewichtung der Sozialdaten	967
2.1.4.3	Leistungsträgerregelung	968
2.1.4.4	Erhaltung einer ausgewogenen Personalstruktur	968
2.1.4.5	Punkteschema in Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung	970
2.1.4.6	Punkteschema des Arbeitgebers	970
2.1.4.7	Fehlerhafte Sozialauswahl bei Verwendung eines Punkteschemas	971

2.1.5	Kündigung aufgrund Interessenausgleichs mit Namensliste	972
2.1.5.1	Betriebsänderung	972
2.1.5.2	Namensliste	972
2.1.5.3	Vermutung: betriebsbedingter Grund	973
2.1.5.4	Herabsetzung des Prüfungsmaßstabes der Sozialauswahl	974
2.1.5.5	Wesentliche Sachlagenänderung	976
2.1.5.6	Interessenausgleich mit Namensliste und Betriebsratsanhörung	976
2.2	Besonderer Kündigungsschutz	977
2.2.1	Kündigungsschutz aufgrund des Betriebsverfassungsgesetzes	977
2.2.2	Schwerbehinderte Menschen	978
2.2.3	Elternzeit	979
2.2.4	Mutterschutz	980
2.3	Kündigungsform	980
2.4	Kündigungsbegründung	981
2.5	Kündigung durch Vertreter	981
2.6	Kündigungszugang	982
2.7	Kündigungsfristen	983
2.7.1	Grundkündigungsfrist	983
2.7.2	Verlängerung der Grundkündigungsfrist	984
2.7.3	Abweichung durch Tarifvertrag	984
2.8	Massenentlassungsanzeige	985
2.8.1	Voraussetzung	985
2.8.2	Beteiligung des Betriebsrates	985
2.8.3	Inhalt der Anzeige	985
2.8.4	Folgen einer unterlassenen oder unwirksamen Anzeige	986
2.8.5	Folgen einer wirksamen Massenentlassungsanzeige	986
2.9	Wirksamkeit einer Kündigung und Kündigungsschutzklage	986
3.	<i>Sanierung und Mitbestimmung des Betriebsrates</i>	987
3.1	Betriebsratsanhörung vor Kündigung	987
3.1.1	Form und Umfang	988
3.1.2	Fristbeginn und Fristende	990
3.2	Interessenausgleich	991
3.2.1	Unternehmensgröße	991
3.2.2	Rechtzeitige Unterrichtung des Betriebsrates	991
3.2.3	Gang der Verhandlungen	992
3.2.4	Gegenstand eines Interessenausgleiches	992
3.2.5	Mitbestimmungspflichtige Betriebsänderungen	993
3.2.5.1	Einschränkung und Stilllegung des Betriebes oder von Betriebsteilen	993
3.2.5.1.1	Betriebsstilllegung	993
3.2.5.1.2	Betriebseinschränkung	993
3.2.5.2	Verlegung des Betriebes oder von wesentlichen Betriebsteilen	994

3.2.5.3	Zusammenschluss mit anderen Betrieben oder Betriebsspaltung	994
3.2.5.4	Grundlegende Änderungen von Betriebsorganisation, Betriebszweck oder Betriebsanlagen	995
3.2.5.5	Neue Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren	995
3.2.6	Verstoß gegen das Mitbestimmungsrecht	995
3.2.6.1	Nachteilsausgleich	995
3.2.6.2	Ordnungswidrigkeit	996
3.2.6.3	Unterlassung der Betriebsänderung	996
3.3	Sozialplan	996
3.3.1	Ausnahmen von der Erzwingbarkeit	996
3.3.2	Gegenstand eines Sozialplans	997
3.3.2.1	Abfindungsregelungen	998
3.3.2.1.1	Betriebszugehörigkeit	999
3.3.2.1.2	Bruttomonatsverdienst	999
3.3.2.1.3	Weitere soziale Gesichtspunkte	999
3.3.2.2	Transfersozialpläne	1000
4.	<i>Sanierung und Betriebsübergang</i>	1000
4.1	Betriebsübertragung durch Rechtsgeschäft	1000
4.2	Übergang der Arbeitsverhältnisse	1000
4.3	Fortgeltung von Tarifverträgen und Betriebsverein- barungen	1001
4.4	Haftung von altem und neuem Inhaber	1002
4.5	Kündigungsverbot	1002
4.6	Umgehungsverbot	1003
4.7	Unterrichtungspflicht und Widerspruchsrecht	1003
4.7.1	Unterrichtungspflicht	1003
4.7.1.1	Zeitpunkt des Betriebsüberganges	1004
4.7.1.2	Grund des Überganges	1004
4.7.1.3	Rechtliche, wirtschaftliche und soziale Folgen des Überganges	1004
4.7.1.4	Maßnahmen für Arbeitnehmer	1005
4.7.1.5	Person des neuen Inhabers	1005
4.7.2	Widerspruchsrecht	1005
4.7.3	Vorliegen eines Betriebs- und Betriebsteilübergangs ...	1006
4.7.3.1	Art des betreffenden Unternehmens oder Betriebes ...	1007
4.7.3.2	Etwaiger Übergang der materiellen Betriebsmittel ...	1007
4.7.3.3	Wert der immateriellen Aktiva im Zeitpunkt des Überganges	1007
4.7.3.4	Übernahme von Arbeitnehmern	1008
4.7.3.5	Übergang der Kundschaft	1008
4.7.3.6	Grad der Ähnlichkeit der Tätigkeiten vor und nach dem Übergang	1009
4.7.3.7	Dauer einer eventuellen Unterbrechung der Tätigkeit ..	1009
4.7.3.8	Weitere Merkmale	1009
4.8	Transfergesellschaft als Sanierungselement	1009
4.8.1	Transfergesellschaft statt Kündigung	1009
4.8.2	Transfergesellschaft und Betriebsübergang	1010

5.	<i>Sanierung und die besonderen arbeitsrechtlichen Regelungen in der Insolvenz</i>	1012
5.1	Geltungsbereich	1012
5.2	Insolvenzeröffnung als Kündigungsgrund	1012
5.3	Kündigungsfrist und Unkündbarkeit	1013
5.3.1	Abkürzung der Kündigungsfristen	1013
5.3.2	Aufhebung einer Unkündbarkeit	1013
5.3.3	Anwendungsbereich	1014
5.3.4	Schadensersatzanspruch des Gekündigten	1014
5.4	Wettbewerbsverbote	1015
5.5	Betriebsverfassungsrecht in der Insolvenz	1015
5.5.1	Interessenausgleich	1016
5.5.2	Nachteilsausgleich	1016
5.5.3	Straffung des Interessenausgleichsverfahrens	1017
5.5.3.1	Verkürzung des Verhandlungsweges	1017
5.5.3.2	Zustimmung zur Betriebsänderung durch das Arbeitsgericht	1017
5.5.3.2.1	Sinn des § 122 InsO	1017
5.5.3.2.2	Unterrichtung des Betriebsrates	1018
5.5.3.2.3	Die Drei-Wochen-Frist	1018
5.5.3.2.4	Anrufung des Arbeitsgerichts	1019
5.5.3.2.5	Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeit	1019
5.5.3.2.6	Abwägung der gegenseitigen Interessen	1019
5.5.4	Sozialplan in der Insolvenz	1020
5.5.4.1	Absolute Obergrenze	1020
5.5.4.2	Relative Obergrenze	1020
5.5.4.3	Sozialplanforderungen als Masseverbindlichkeit	1021
5.5.4.4	Verbot von Leistungsklage und Zwangsvollstreckung ..	1021
5.5.4.5	Widerruf insolvenznaher Sozialpläne	1021
5.5.4.6	Widerruf insolvenzferner Sozialpläne und anderer Betriebsvereinbarungen	1022
5.6	Massenkündigung im Insolvenzverfahren	1022
5.6.1	Interessenausgleich mit Namensliste	1024
5.6.1.1	Betriebsänderung	1024
5.6.1.2	Vermutung: betriebsbedingter Grund	1024
5.6.1.3	Herabsetzung des Überprüfungsmaßstabes und Einschränkung der Überprüfung der Sozialauswahl	1024
5.6.1.4	Spätere Änderung der Sachlage	1025
5.6.1.5	Spätere Änderung der Sachlage und Wiedereinstellungsanspruch	1025
5.6.1.6	Vermutung: keine Kündigung wegen Betriebsübergang	1026
5.6.2	Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	1027
5.6.2.1	Betriebsänderung	1027
5.6.2.2	Betriebe mit Betriebsrat	1027
5.6.2.3	Betriebe ohne Betriebsrat	1028
5.6.2.4	Verfahren vor dem Arbeitsgericht	1028
5.6.2.4.1	Zuständigkeit und Beteiligte	1028
5.6.2.4.2	Feststellungen des Arbeitsgerichtes	1029

5.6.2.4.3	Eingeschränkte Rechtsmittelmöglichkeit	1029
5.6.2.5	Keine Betriebsratsanhörung vor Verfahrenseinleitung . .	1029
5.6.2.6	Kündigung und Beschlussverfahren	1030
5.6.2.7	Bindungswirkung der Entscheidung des Arbeits- gerichtes	1031
5.7	Betriebsveräußerung in der Insolvenz	1031
5.7.1	Anwendung des § 613 a BGB	1031
5.7.1.1	Keine Haftung des Erwerbers für Insolvenzforderungen	1031
5.7.1.2	Personalabbau durch Sanierungskonzept	1032
6.	<i>Sozialrecht in der Insolvenz</i>	1033
6.1	Insolvenzgeld	1033
6.2	Anspruchsberechtigte Personen	1033
6.2.1	Arbeitnehmer	1033
6.2.2	GmbH-Geschäftsführer	1033
6.2.3	Vorstand einer Aktiengesellschaft	1034
6.3	Inlandsbeschäftigung	1034
6.4	Insolvenzereignis	1034
6.4.1	Insolvenz des Arbeitgebers	1034
6.4.2	Insolvenzereignisse	1035
6.4.2.1	Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1035
6.4.2.2	Abweisung des Eröffnungsantrages mangels Masse . . .	1035
6.4.2.3	Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit ohne Insolvenzverfahren	1035
6.4.2.3.1	Einstellung der Betriebstätigkeit	1035
6.4.2.3.2	Kein Insolvenzantrag	1036
6.4.2.3.3	Offensichtliche Masselosigkeit	1036
6.4.3	Insolvenzgeldzeitraum	1036
6.4.4	Arbeitsentgelt	1037
6.4.5	Antragsfrist	1038
6.5	Anspruchsausschluss	1038
6.5.1	Arbeitsentgeltansprüche wegen oder nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1038
6.5.2	Angefochtene und anfechtbar erworbene Arbeits- entgeltansprüche	1039
6.5.3	Leistungsverweigerungsrecht des Insolvenzverwalters . .	1039
6.6	Höhe des Insolvenzgeldes	1039
6.7	Vorschuss auf das Insolvenzgeld	1040
6.8	Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes zur Aufrecht- erhaltung des Geschäftsbetriebes	1040
Kapitel 2	Gesellschaftsrecht (Amberger)	1041
1.	<i>Einleitung</i>	1041
2.	<i>Insolvenzfähigkeit</i>	1041
2.1	Allgemeines	1041
2.2	Juristische Personen	1042
2.2.1	Entstehen	1042
2.2.2	Sonderfälle	1043
2.2.2.1	Vorgründungsgesellschaft	1043

2.2.2.2	Vor-Gesellschaft	1043
2.2.2.3	GmbH & Co. KG	1044
2.2.2.4	AG	1044
2.2.2.5	KGaA	1045
2.2.2.6	OHG	1045
2.2.2.7	Partnerschaftsgesellschaft	1045
2.2.2.8	GbR	1046
2.2.2.9	Nicht rechtsfähiger Verein	1046
2.2.2.10	Ausländische Kapitalgesellschaften	1046
2.2.2.11	Konzern	1046
2.2.3	Ende der Insolvenzfähigkeit	1047
3.	<i>Insolvenzantragsrecht und Insolvenzantragspflicht</i>	1047
3.1	Antragsrecht	1047
3.2	Antragspflicht	1048
4.	<i>Einfluss des Insolvenzverfahrens auf die interne Organisation der Gesellschaft</i>	1049
4.1	Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts auf den Verwalter (§ 80 InsO)	1049
4.2	Konsequenzen der Insolvenzeröffnung für den Rechtsträger	1049
4.2.1	Auflösung der Gesellschaft	1049
4.2.2	Beendigung der Rechtsfähigkeit	1049
4.2.3	Sonderfall GmbH & Co. KG	1050
4.3	Einfluss auf die Gesellschafter und Organe	1050
4.4	Finanzverfassung	1051
4.5	Besonderheiten bei börsennotierter Aktiengesellschaft ..	1051
5.	<i>Gesellschaftsrechtsspezifische Ansprüche – Insolvenzmasse</i>	1052
5.1	Einleitung	1052
5.1.1	Allgemeines	1052
5.1.2	Gesellschaftsgründung	1053
5.2	Kapitalaufbringung bei Eintragung der GmbH (§§ 19 ff., 5 ff. GmbHG)	1053
5.2.1	Stammkapital	1054
5.2.1.1	GmbH (§ 5 GmbHG)	1054
5.2.1.2	Besonderheiten der Unternehmergesellschaft (§ 5a GmbHG)	1054
5.2.2	Mindesteinlage (§ 7 Abs. 2 GmbHG)	1055
5.2.2.1	Leistung der Einlage	1055
5.2.2.2	Versicherung des Geschäftsführers (§§ 8 Abs. 2, 7 Abs. 2 GmbHG)	1057
5.2.2.3	Voreinzahlung	1057
5.2.3	Sachgründung (§§ 7 Abs. 3, 5 Abs. 4 GmbHG)	1058
5.2.3.1	Sacheinlage	1058
5.2.3.2	Sachübernahme	1058
5.2.4	Sacheinlage, verdeckte	1059
5.2.4.1	Vorliegen einer verdeckten Sacheinlage	1059

5.2.4.2	Rechtsfolgen	1060
5.2.4.2.1	Rechtsfolgen vor Inkrafttreten des MoMiG bzw. für die Unternehmergesellschaft	1061
5.2.4.2.2	Rechtslage nach Inkrafttreten des MoMiG (§ 19 Abs. 4 GmbHG)	1062
5.2.4.2.3	Scheitern der Eintragung	1064
5.2.4.2.4	Haftung des Steuerberaters bei Fehlberatung	1064
5.2.5	Hin- und Herzahlen (§ 19 Abs. 5 GmbHG)	1064
5.2.5.1	Vorliegen eines Hin- und Herzahlens	1065
5.2.5.2	Gleichgestellte Dritte	1066
5.2.5.3	Rechtsfolge	1066
5.2.5.3.1	Sonderfall § 19 Abs. 5 GmbHG	1066
5.2.5.3.2	Regelfall ohne Eingreifen von § 19 Abs. 5 GmbHG/ Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG	1067
5.2.6	Cash-Pool	1068
5.2.7	Kapitalerhöhung	1069
5.2.8	Vorratsgesellschaft/Mantelkauf	1071
5.2.9	Verjährung/Verzinsung des Anspruchs auf die Einlageleistung	1073
5.2.9.1	Verjährung	1073
5.2.9.2	Verzinsung (§ 20 GmbHG)	1073
5.2.10	Folgen der Nichteinzahlung/Kaduzierung (§§ 21 ff. GmbHG)	1073
5.2.10.1	Kaduzierung des Gesellschaftsanteils (§ 21 GmbHG)	1074
5.2.10.1.1	Säumnis des Gesellschafters (§ 21 Abs. 1 Satz 1 GmbHG)	1074
5.2.10.1.2	Androhung der Kaduzierung (§ 21 Abs. 1 Satz 1 GmbHG)	1074
5.2.10.1.3	§ 21 Abs. 1 Satz 2 GmbHG	1074
5.2.10.1.4	§ 21 Abs. 1 Satz 3 GmbHG	1074
5.2.10.1.5	Erklärung des Ausschlusses (§ 21 Abs. 2 GmbHG)	1074
5.2.10.1.6	Folgen der Kaduzierung	1075
5.2.10.2	Inanspruchnahme der Rechtsvorgänger (§ 22 GmbHG)	1075
5.2.10.3	Verwertung des Anteils (§ 23 GmbHG)	1075
5.2.10.4	Haftung des Ausgeschlossenen (§ 21 Abs. 3 GmbHG)	1076
5.2.10.5	Ausfallhaftung der Mitgesellschafter (§ 24 Satz 1 GmbHG)	1076
5.2.10.6	Keine Befreiung von den Rechtsfolgen der §§ 21 ff. GmbHG, § 25 GmbHG	1076
5.2.11	Weitere Ansprüche im Zusammenhang mit der Einlageforderung	1076
5.3	Kapitalerhaltung nach Eintragung der GmbH	1077
5.3.1	Auszahlungsverbot (§ 30 GmbHG)	1077
5.3.1.1	Unterbilanz	1077
5.3.1.2	Überschuldung	1078
5.3.1.3	Bedeutung der Gegenleistung	1078
5.3.1.4	Auszahlung	1079
5.3.1.5	Leistung an den Gesellschafter	1079

5.3.1.6	Ausnahme Rückzahlung von Gesellschafterdarlehen, § 30 Abs. 1 Satz 3 GmbHG n. F. – Änderungen durch das MoMiG	1079
5.3.1.7	Beweislast	1079
5.3.2	Rückerstattungsanspruch (§ 31 GmbHG)	1080
5.3.2.1	Auszahlungsverbot (§ 30 Abs. 1 GmbHG)	1080
5.3.2.2	Erstattungspflicht (§ 31 Abs. 1 GmbHG)	1080
5.3.2.3	Anspruch der Gesellschaft	1081
5.3.2.4	Gutgläubigkeit (§ 31 Abs. 2 GmbHG)	1081
5.3.2.5	Sonderfälle	1081
5.3.2.6	Verjährung – 10 Jahre ab Auszahlung (§ 31 Abs. 5 GmbHG)	1082
5.3.2.7	Sonstiges	1082
5.3.2.8	Haftung der Mitgesellschafter subsidiär (§ 31 Abs. 3 GmbHG)	1082
5.3.2.9	Ansprüche gegen den Geschäftsführer	1082
5.4	Eigenkapitalersatz (§§ 32 a ff. GmbHG a. F.)	1083
5.4.1	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG)	1083
5.4.2	Rechtsslage vor Inkrafttreten des MoMiG	1084
5.4.2.1	Geltungsbereich	1085
5.4.2.2	Gesellschafterdarlehen	1086
5.4.2.2.1	Darlehen – Stehenlassen eines Darlehens	1086
5.4.2.2.2	Gesellschafter	1086
5.4.2.3	Krise	1087
5.4.2.3.1	Insolvenzrechtliche Krise	1087
5.4.2.3.2	Kreditwürdigkeit	1087
5.4.2.4	Fortbestehen der Krise, ansonsten endet die Verstrickung	1088
5.4.2.5	Kleingesellschafterprivileg/Sanierungsprivileg	1088
5.4.2.6	Rechtsfolgen	1088
5.4.2.6.1	Anspruch analog §§ 30, 31 GmbHG	1088
5.4.2.6.2	Anspruch nach §§ 32 a ff. GmbHG a. F. i. V. m. § 135 InsO a. F.	1089
5.4.2.6.3	Sonstige Folgen	1089
5.4.2.7	Vom Gesellschafter besicherte Darlehen eines Dritten (§§ 32 a Abs. 2, 32 b GmbHG a. F.)	1090
5.4.2.7.1	Eigenkapitalersetzendes Darlehen	1090
5.4.2.7.2	Bestellung einer Sicherheit für ein Drittdarlehen	1090
5.4.2.7.3	Rechtsfolgen	1091
5.4.3	Rechtsslage nach Inkrafttreten des MoMiG	1092
5.4.3.1	Kleingesellschafterprivileg	1092
5.4.3.2	Sanierungsgesellschafter	1093
5.4.3.3	Stehenlassen von Darlehen/Neugesellschafter/ausge- schiedener Gesellschafter	1093
5.4.3.4	Abtretung des Darlehens	1093
5.4.3.5	Eigenkapitalersetzende Nutzungsüberlassung quasi abgeschafft	1093

5.4.3.6	Rechtsfolgen	1094
5.4.3.7	Vom Gesellschafter besicherte Darlehen eines Dritten . .	1094
5.4.3.8	Eigenkapitalersatz von Geschäftsführergehältern	1095
5.5	Handelndenhaftung vor Eintragung im Handelsregister	1095
5.5.1	Einleitung	1095
5.5.2	Vorgründungsgesellschaft	1096
5.5.3	Vor-GmbH	1097
5.5.4	Haftung des Geschäftsführers gemäß § 11 Abs. 2 GmbHG bei Handeln für die spätere GmbH oder Vor-GmbH	1097
5.5.4.1	Handelnder	1097
5.5.4.2	Im Namen der Gesellschaft	1098
5.5.4.3	Geltendmachung in der Insolvenz	1098
5.5.4.4	Ende des Anspruchs	1098
5.5.4.5	Ersatzansprüche des organschaftlichen Vertreters	1098
5.5.5	Gründerhaftung – Ansprüche der Gesellschaft aus Innenhaftung	1099
5.5.5.1	Vorbelastungshaftung analog §§ 9, 19 GmbHG – Kapitalaufbringung	1099
5.5.5.1.1	Eintragung ins Handelsregister	1099
5.5.5.1.2	Anwendbarkeit von §§ 19 ff. GmbHG	1100
5.5.5.1.3	Haftungsumfang	1100
5.5.5.1.4	Beweislast	1101
5.5.5.1.5	Verjährung	1101
5.5.5.1.6	Geschäftsführerhaftung	1101
5.5.5.1.7	Vor-Aktiengesellschaft	1101
5.5.5.2	Verlustdeckungshaftung bei Nichteintragung der GmbH	1101
5.5.5.2.1	Vermögenslosigkeit der Vor-GmbH	1101
5.5.5.2.2	Fehlender Geschäftsführer/nur ein Gläubiger	1102
5.5.5.2.3	Einpersonen-Vor-GmbH	1102
5.5.5.3	Aufgabe der Gründungsabsicht	1102
5.5.5.4	Auswirkungen des MoMiG auf die Vor-GmbH	1103
5.5.6	Haftung der Gründungsgesellschafter gegenüber Gläubigern im Außenverhältnis	1103
5.5.7	Haftung des organschaftlichen Vertreters nach § 64 Satz 1 GmbHG	1103
5.6	Haftung bei Gründung einer Aktiengesellschaft (§ 46 AktG)	1104
5.6.1	Verantwortlichkeit für die Richtigkeit und Vollständig- keit der Angaben (§ 46 Abs. 1 Satz 1 AktG)	1104
5.6.2	Verantwortlichkeit für die Eignung der das Geld entgegen nehmenden Stelle (§ 46 Abs. 1 Satz 2, 1. HS AktG)	1104
5.6.3	Verantwortlichkeit für die freie Verfügbarkeit der Einlagen (§ 46 Abs. 1 Satz 2, 2. HS AktG)	1104
5.6.4	Haftung für die Einlagen, Sachübernahmen und Gründungsaufwand (§ 46 Abs. 2 AktG)	1104
5.6.5	Haftung für Mitgesellschafter (§ 46 Abs. 4 AktG)	1104

5.6.6	Haftungsausschluss (§ 46 Abs. 3 AktG)	1104
5.6.7	Haftung der tatsächlich an der Gesellschaft wirtschaftlich Beteiligten (§ 46 Abs. 5 AktG)	1105
5.6.8	Haftung Dritter (§ 47 AktG)	1105
5.6.9	Verjährung (§ 51 AktG)	1105
5.7	Existenzvernichtungshaftung nach Eintragung der GmbH (§ 826 BGB)	1105
5.7.1	Voraussetzungen	1106
5.7.1.1	Eingriff	1106
5.7.1.2	Existenzvernichtend	1106
5.7.1.3	Zumindest Eventualvorsatz	1106
5.7.1.4	Anspruchsgegner	1107
5.7.1.5	Mittelbare Gesellschafter	1107
5.7.1.6	Umfang des Anspruchs	1107
5.7.1.7	Verjährung	1107
5.7.1.8	Geltendmachung durch den Insolvenzverwalter	1107
5.7.2	Fälle	1107
5.7.3	Gleichzeitige Verletzung von § 266 Abs. 1 StGB (Untreue)	1108
5.8	Innenhaftung des Geschäftsführers	1108
5.8.1	Innenhaftung des Geschäftsführers (§ 43 GmbHG)	1108
5.8.1.1	Sorgfaltsmaßstab	1109
5.8.1.2	Weisungsgebundenheit (§ 37 Abs. 1 GmbHG)	1109
5.8.1.3	Weisungsunabhängige Haftung	1110
5.8.1.4	Entlastung/Vergleich	1110
5.8.1.5	Mehrere Geschäftsführer/Delegation	1110
5.8.1.6	Beweislast	1111
5.8.1.7	Verjährung	1111
5.8.2	Haftung des Geschäftsführers nach § 64 Satz 1 GmbHG/§ 130 a Abs. 2 HGB	1112
5.8.2.1	Einleitung	1112
5.8.2.1.1	Anspruchsinhaber	1113
5.8.2.1.2	Anspruchsgegner	1113
5.8.2.2	Insolvenzreife	1114
5.8.2.3	Kenntnis von der Insolvenzreife	1114
5.8.2.4	Zahlungen	1114
5.8.2.4.1	Zahlung von einem Bankkonto	1116
5.8.2.4.2	Zahlung auf ein Bankkonto	1116
5.8.2.5	Sorgfaltspflichtverletzung	1117
5.8.2.6	Zahlungen an Gesellschafter nach § 64 Satz 3 GmbHG	1118
5.8.2.7	Verschulden	1119
5.8.2.8	Umfang des Ersatzanspruchs	1119
5.8.2.9	Verjährung	1120
5.8.3	Haftung des Vorstands einer AG wegen Sorgfaltspflichtverletzung (§ 93 AktG)	1120
5.8.4	Haftung des Vorstands einer AG wegen Zahlungen nach Insolvenzreife (§ 93 Abs. 2 Satz 1 AktG)	1120
5.8.5	Exkurs: Inanspruchnahme des Steuerberaters	1120

5.8.6	Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. sonstigen Schutzgesetzen	1121
5.9	Außenhaftung des Geschäftsführers	1122
5.9.1	Haftung wegen Insolvenzverschleppung (§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 15 a InsO)	1122
5.9.1.1	Antragsgegner	1122
5.9.1.2	Insolvenzreife	1122
5.9.1.3	Unterlassener Insolvenzantrag	1122
5.9.1.4	Verschulden	1123
5.9.1.5	Anspruchsinhaber	1123
5.9.1.6	Schaden	1123
5.9.1.6.1	Neugläubiger	1123
5.9.1.6.2	Altgläubiger	1124
5.9.2	Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 14 Abs. 1 Nr. 1 sowie einem Schutzgesetz (StGB)	1124
5.9.3	Haftung nach § 826 BGB	1125
6.	<i>Folgen für die Gesellschaft nach Beendigung der Insolvenz</i>	1125
Kapitel 3	Strafrecht und Strafverfahrensrecht (Martini)	1126
1.	<i>Vorbemerkung</i>	1126
2.	<i>Strafrecht Allgemeiner Teil</i>	1127
2.1	Grundlagen der Strafbarkeit	1127
2.1.1	Handlung	1127
2.1.2	Gesetzlichkeitsprinzip	1128
2.1.3	Bestimmtheitsgrundsatz	1129
2.1.4	Rückwirkungs- und Analogieverbot	1129
2.1.5	Täterschaft und Teilnahme	1130
2.1.6	Vorsatz, Fahrlässigkeit und Schuld	1132
2.2	Rechtsfolgen der Tat	1132
2.2.1	Strafen	1132
2.2.2	Maßnahmen	1134
2.2.3	Nebenfolgen	1134
3.	<i>Grundfragen des Strafverfahrensrechts</i>	1134
3.1	Quellen des Strafverfahrensrechts	1134
3.2	Aufnahme strafrechtlicher Ermittlungen	1135
3.3	Abschluss strafrechtlicher Ermittlungen	1135
3.4	Ergebnis strafrechtlicher Ermittlungen	1135
3.5	Besondere Verfahrensarten	1136
3.5.1	Strafbefehlsverfahren (§§ 407 ff. StPO)	1136
3.5.2	Beschleunigtes Verfahren (§§ 417 ff. StPO)	1137
3.6	Rechtsbehelfe	1137
3.7	Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren	1138
4.	<i>Ausgewählte Straftatbestände</i>	1138
4.1	Insolvenzverschleppung (§ 15a Abs. 4, 5 InsO)	1138
4.1.1	Allgemeines	1138

4.1.2	Täterkreis	1138
4.1.3	Objektiver Tatbestand	1140
4.1.4	Subjektiver Tatbestand	1141
4.1.5	Rechtswidrigkeit und Schuld	1141
4.1.6	Täterschaft und Teilnahme	1142
4.2	Bankrott (§§ 283 StGB)	1142
4.2.1	Allgemeines	1142
4.2.2	Täterkreis	1142
4.2.3	Objektiver Tatbestand	1143
4.2.3.1	§ 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB	1143
4.2.3.2	§ 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB	1144
4.2.3.3	§ 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB	1144
4.2.3.4	§ 283 Abs. 1 Nr. 4 StGB	1145
4.2.3.5	§ 283 Abs. 1 Nr. 5 StGB	1145
4.2.3.6	§ 283 Abs. 1 Nr. 6 StGB	1145
4.2.3.7	§ 283 Abs. 1 Nr. 7 StGB	1146
4.2.3.8	§ 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB	1146
4.2.3.9	§ 283 Abs. 2 StGB	1146
4.2.4	Subjektiver Tatbestand	1147
4.2.5	Besonders schwerer Fall des Bankrotts	1147
4.3	Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	1147
4.4	Gläubigerbegünstigung (§ 283 c StGB)	1148
4.4.1	Allgemeines	1148
4.4.2	Täterkreis	1148
4.4.3	Objektiver Tatbestand	1148
4.4.4	Subjektiver Tatbestand	1149
4.4.5	Täterschaft und Teilnahme	1149
4.5	Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB)	1149
4.5.1	Allgemeines	1149
4.5.2	Täterkreis	1149
4.5.3	Objektiver Tatbestand	1149
4.5.4	Subjektiver Tatbestand	1150
4.5.5	Besonders schwerer Fall der Schuldnerbegünstigung	1150
4.6	Betrug (§ 263 StGB)	1150
4.6.1	Allgemeines	1150
4.6.2	Täterkreis	1151
4.6.3	Objektiver Tatbestand	1151
4.6.4	Subjektiver Tatbestand	1153
4.6.5	Besonders schwerer Fall des Betrugs	1153
4.7	Kreditbetrug (§ 265b StGB)	1154
4.7.1	Allgemeines	1154
4.7.2	Täterkreis	1154
4.7.3	Objektiver Tatbestand	1154
4.7.4	Subjektiver Tatbestand	1155
4.7.5	Täterschaft und Teilnahme	1155
4.8	Untreue (§ 266 StGB)	1155
4.8.1	Allgemeines	1155
4.8.2	Objektiver Tatbestand	1155
4.8.2.1	Missbrauchstatbestand	1156

4.8.2.2	Treuebruchtatbestand	1157
4.8.3	Subjektiver Tatbestand	1157
4.8.4	Täterschaft und Teilnahme	1157
4.8.5	Besonders schwerer Fall der Untreue	1158
4.9	Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266 a StGB)	1158
4.9.1	Allgemeines	1158
4.9.2	Täterkreis	1158
4.9.3	Objektiver Tatbestand	1158
4.9.3.1	Vorenthalten von Arbeitnehmerbeiträgen (§ 266 a Abs. 1 StGB)	1158
4.9.3.2	Vorenthalten von Arbeitgeberbeiträgen (§ 266 a Abs. 2 StGB)	1159
4.9.3.3	Einbehalten sonstiger Lohnbestandteile (§ 266 a Abs. 3 StGB)	1159
4.9.4	Subjektiver Tatbestand	1160
4.9.5	Täterschaft und Teilnahme	1160
4.9.6	Besonders schwerer Fall	1160
4.9.7	Strafausschließung	1160
4.10	Pfandkehr (§ 289 StGB)	1160
4.11	Verstrickungsbruch (§ 136 Abs. 1 StGB)	1161
4.12	Falsche Versicherung an Eides statt (§ 156 StGB)	1161
4.13	Steuerhinterziehung (§ 370 AO)	1162
4.13.1	Allgemeines	1162
4.13.2	Objektiver Tatbestand	1162
4.13.3	Subjektiver Tatbestand	1163
4.13.4	Besonders schwerer Fall	1163
4.14	Weitere Straftatbestände	1163
5.	<i>Strafrechtliche Risiken von Verfahrensbeteiligten</i>	1164
5.1	Allgemeines	1164
5.2	Insolvenzverwalter	1164
5.2.1	Allgemeine Schädigungsverbote	1164
5.2.2	Spezifische insolvenzrechtliche Pflichten	1165
5.2.3	Weitere strafrechtliche Risiken	1165
5.3	Kreditinstitute	1165
5.4	Sanierungs- und Steuerberater	1166
5.5	Firmenbestatter	1166

Teil 7

Die Rolle des Steuerberaters in der Krise des Mandanten		
	<i>(Schmid)</i>	1167
1.	<i>Vorbemerkung und Abgrenzung</i>	1169
2.	<i>Das Steuerberatungsmandat im Vorfeld der Krise</i>	1169
2.1	Pflichten des Steuerberaters vs. berufsrechtliche Grenzen	1169
2.1.1	Im Vollmandat	1169
2.1.2	Spezialmandat Sanierungsberatung	1174
2.2	Honorarvereinbarung und Honorarsicherung	1176

2.2.1	Honorarvereinbarung	1176
2.2.2	Honorarsicherung	1177
3.	<i>Das Steuerberatermandat nach eingetretener Insolvenz</i>	1180
3.1	Einführung	1180
3.2	Mandatsbeendigung	1180
3.3	Mandatserteilung durch den Insolvenzverwalter	1181
3.4	Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters	1182
3.5	Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters im eröffneten Insolvenzverfahren	1183
4.	<i>ESUG – Kurze Darstellung und Ausblick</i>	1186

Teil 8

Sonderaspekte 1189

Kapitel 1	Die Verwertung von Immobilien im Insolvenzverfahren (Kallies)	1191
1.	<i>Einleitung</i>	1191
2.	<i>Rechtsmacht zum Verkauf</i>	1195
2.1	Verkauf durch den Insolvenzverwalter	1195
2.2	Verkauf durch den vorläufigen Insolvenzverwalter (Sequester)	1196
2.3	Verkauf durch den Treuhänder (Verbraucherinsolvenz- verfahren)	1197
2.4	Auswirkungen des § 160 InsO	1198
2.5	Zwangsverwaltungs- und Zwangsversteigerungs- verfahren	1199
3.	<i>Angaben zum Kaufgegenstand und seiner Beschaffenheit</i>	1200
4.	<i>Kaufpreis und Umsatzsteuer</i>	1201
5.	<i>Kaufpreisfälligkeitsvoraussetzungen</i>	1202
5.1	Vertragswirksamkeit	1202
5.2	Eigentumsvormerkung und § 878 BGB	1203
5.3	Vorkaufsrechte	1204
5.4	Heimfall nach ErbbauRG	1205
5.5	Sicherung der Lastenfreiheit im Grundbuch	1206
5.6	Genehmigungen und Zustimmungserfordernisse	1206
6.	<i>Abstimmungen mit Grundpfandgläubigern beim Verkauf</i>	1207
6.1	Aus dem Kaufpreis ablösbare Belastungen	1207
6.2	Den Kaufpreis übersteigende Belastungen, Masse- beteiligung, Haftungsfreistellung	1208
6.2.1	Massebeteiligung	1208
6.2.2	Haftungsfreistellung	1208
6.3	Anspruch auf Löschung nachrangiger Grundpfand- rechte	1209
7.	<i>Haftung für Rechts- und Sachmängel</i>	1209
7.1	Abgrenzung zu Beschaffenheitsangaben	1209

7.2	Verbraucher oder Unternehmer im Sinne des Gesetzes	1210
7.3	Keine Privilegierung bei Haftungsausschlüssen	1210
7.4	Keine Zurechnung von Gemeinschuldnerwissen	1211
7.5	Haftung für öffentliche Lasten	1211
7.6	Haftung der Insolvenzmasse und des Verwalters	1212
8.	<i>Regelungen zur Übergabe des Kaufgegenstandes</i>	1213
8.1	Harmonisierung mit Aufhebung der Zwangsverwaltung	1213
8.2	Übergang von Miet- und Pachtverträgen	1214
8.3	Sonderkündigungsrechte	1214
8.4	Überleitung von Mietsicherheiten	1215
8.5	Wohngeldrückstände	1216
9.	<i>Vollmachten in Kaufverträgen</i>	1218
Kapitel 2	Die internationale Zuständigkeit (Stark)	1219
1.	<i>Einführung und Abgrenzung</i>	1219
2.	<i>Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug zu einem Mitgliedstaat der Europäischen Union</i>	1221
2.1	Anwendungsbereiche	1221
2.1.1	Zeitlicher Anwendungsbereich	1221
2.1.2	Sachlicher Anwendungsbereich	1221
2.1.3	Persönlicher Anwendungsbereich	1222
2.1.4	Räumlicher Anwendungsbereich	1222
2.2	Internationale Zuständigkeit gemäß Art. 3 EuInsVO – Mittelpunkt der hauptsächlichsten Interessen (COMI)	1223
2.2.1	Rechtsprechung nationaler Gerichte	1224
2.2.1.1	Mind-of-Management-Theorie	1224
2.2.1.2	Business-Activity-Theorie	1225
2.2.2	Rechtsprechung des EuGH	1225
2.2.3	Stellungnahme	1229
2.3	Ortsveränderung des COMI oder unzulässiges „forum shopping“	1231
2.4	Konzerninsolvenzrecht?	1235
2.5	Bindungswirkung, Art. 16 EuInsVO	1236
2.5.1	Grundsätze	1236
2.5.2	„Eröffnung eines Insolvenzverfahrens“ im Sinne von Art. 16 EuInsVO	1236
2.5.3	Wirkung der Anerkennung	1238
2.6	Territorialinsolvenzverfahren (Sekundär- und Partikularinsolvenzverfahren)	1238
3.	<i>Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug zu Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union</i>	1240
3.1	Anwendungsbereich	1240
3.2	Mittelpunkt der selbstständigen Tätigkeit, § 3 Abs. 1 Satz 2 InsO	1240
3.3	Bindungswirkung, § 343 InsO	1241
3.4	Einstellung des Geschäftsbetriebes im Zuge der Antragstellung	1241

3.5	Konzerninsolvenzrecht?	1242
4.	<i>UNCITRAL-Modal Law on Cross-Border Insolvency</i>	1242

Teil 9

**Der Fachberater für Sanierung und Insolvenzverwaltung (DStV e.V.) –
berufs-, haftungs- und versicherungsrechtliche Aspekte**

	<i>(Pestke)</i>	1243
1.	<i>Einführung</i>	1245
2.	<i>Besondere Ausgestaltung des Fachberaters</i>	1247
3.	<i>Einsatzgebiete des Fachberaters</i>	1248
3.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1248
3.2	Risikomanagement-Beratung	1249
3.3	Krisenberatung	1249
3.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1250
3.5	Insolvenzverwaltung mit dem Ziel der insolvenzrechtlichen Sanierung	1250
3.5.1	Insolvenzeröffnungsverfahren	1251
3.5.2	Insolvenzverfahren	1251
3.5.3	Aufgaben des Insolvenzverwalters allgemein	1252
3.6	Insolvenzverwaltung mit dem Ziel der Abwicklung	1253
3.7	Mitwirkung in Gläubigerausschüssen	1253
4.	<i>Berufsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i>	1253
4.1	Zulässigkeit der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten nach dem StBerG	1253
4.1.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1253
4.1.2	Risikomanagement-Beratung	1253
4.1.3	Krisenberatung	1253
4.1.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1254
4.1.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung	1254
4.1.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung	1254
4.2	Vergütung der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten	1254
4.2.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1254
4.2.2	Risikomanagement-Beratung	1254
4.2.3	Krisenberatung	1254
4.2.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1255
4.2.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung	1255
4.2.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung	1256
4.3	Werbemöglichkeiten für die vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten	1256
4.4	Zulässigkeit der vom Fachberater entfalteten Tätigkeiten nach dem RDG	1257
4.4.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1257
4.4.2	Risikomanagement-Beratung	1257
4.4.3	Krisenberatung	1257
4.4.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1258
4.4.5	Insolvenzverwaltung als insolvenzrechtliche Sanierung	1259
4.4.6	Insolvenzverwaltung als Abwicklung	1259

4.5	Umschlagen einer Insolvenzverwaltertätigkeit in eine (unzulässige) gewerbliche Tätigkeit des Steuerberaters? .	1260
4.5.1	Gewerblichkeit durch die Gestaltung der Kanzlei	1260
4.5.2	Gewerblichkeit durch die Verwaltung gewerblicher Mandantenunternehmen	1260
4.6	Interessenkollisionen oder widerstreitende Interessen? .	1261
5.	<i>Haftungsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i>	1261
5.1	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1261
5.2	Risikomanagement-Beratung	1262
5.3	Krisenberatung	1262
5.4	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1263
5.5	Tätigkeit als Insolvenzverwalter	1263
5.5.1	Zivilrechtliche Haftung	1263
5.5.2	Haftung nach Steuerrecht	1263
5.6	Haftungsverschärfung bei Fachberatern für Sanierung und Insolvenzberatung in den vorgenannten Gebieten?	1264
6.	<i>Versicherungsrechtliche Aspekte der Tätigkeit des Fachberaters</i>	1264
6.1	Versicherungsschutz für vereinbare Tätigkeiten allgemein	1264
6.2	Jahresabschlusserstellung und laufende Beratung	1265
6.3	Risikomanagement-Beratung	1265
6.4	Krisenberatung	1265
6.5	Außergerichtliche Sanierungsberatung	1265
6.6	Tätigkeit als Insolvenzverwalter	1266
7.	<i>Tätigkeit des Fachberaters in Gläubigerausschüssen</i> . . .	1266
7.1	Allgemein	1267
7.2	Vereinbare Tätigkeit	1268
7.3	Vergütungsmodalitäten	1268
7.4	Frage der Rechtsberatung	1268
7.5	Haftungsrisiken	1269
7.6	Versicherungsschutz	1269
8.	<i>Tätigkeit des Fachberaters als Insolvenzverwalter</i>	1270
8.1	Rechtsgrundlagen der Bestellung zum Insolvenzverwalter	1270
8.2	Aufnahme des Fachberaters in Vorauswahllisten	1271
8.3	Auswahl des Fachberaters als Insolvenzverwalter durch das Insolvenzgericht	1271
8.4	Auswahl des Fachberaters durch den vorläufigen Gläubigerausschuss	1272
8.5	Weitere Einsatzmöglichkeiten	1273
8.6	Spätere Reformen	1275
9.	<i>Zukunft des Fachberaters</i>	1275
	Anhang: Fachberaterrichtlinien mit Anlage 2	1277
	Literaturverzeichnis	1287
	Stichwortverzeichnis	1301